Dienstag, 7. Juni 1932
Nr. 132. Jahrg. 1932

Preis 10 Pfg.

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

A 1

Schlag gegen die gesamte Arbeiter-Bewegung!

Verbot des Freidenkerverbandes, der Kommunistischen Partei, des Kommunistischen Jugendverbandes, der Friedensgesellschaft und aller anderen antifaschistischen Schutzstaffeln geplant!

Die Hetze der Korodi-Stülpnagel

Von sehr zuverlässiger und zuständiger Seite erhalten wir Mitteilungen, die geeignet sind, die gesamte Arbeiterbewegung zu alarmieren. Die Papen-Regierung plant:

1. **Verbot des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands für das gesamte Reichsgebiet;**
2. **Verbot des „Kampfbundes gegen den Faschismus", ebenfalls für das ganze Reichsgebiet;**
3. **Auflösung sämtlicher „Antifaschistischer Schutzstaffeln".**

Für diese Verbote liegt wiederum ausschließlich Hetzmaterial einer politischen Clique vor, die bereits zu dem Verbot der Freidenker-Organisationen, zur Hetze gegen das Reichsbanner usw. beigetragen hat. Mit unerhörter Planmäßigkeit wird von dieser faschistischen Clique an der vollkommenen Unterdrückung der gesamten proletarischen Freiheitsbewegung gearbeitet. Wir sind durch einen glücklichen Zufall in der Lage, der Oeffentlichkeit eine Kostprobe aus einer

geheimen Denkschrift

zu geben, die dieser Tage in verschiedenen Reichsämtern kursierte — mit dem ausdrücklichen Vermerk:

„Nicht zu den Akten! Geheim!"

In dieser Denkschrift wird auf „Grund beigefügten Originalmaterials" die Notwendigkeit betont,

„unverzüglich sämtliche Kampforganisationen der KPD zu verbieten, für das gesamte Reichsgebiet" . . .

„Wie aus den Anlagen über die gemeingefährliche umstürzlerische Betätigung genannter Organisationen hervorgeht, handelt es sich hier um Kampfverbände, deren einziges und oberstes Ziel die Entfachung des bewaffneten Aufstandes und der gewaltsame Sturz der bestehenden Staatsordnung ist". Als „Beweis" für diese Behauptung führt das Material der faschistischen Clique angeblich „Aufforderungen zum Bürgerkrieg an und eine Unzahl Zitate aus kommunistischen Schriften. Der letzte Satz dieser Denschrift, die eine an Gemeinheit nicht zu übertreffende Hetze gegen die Kommunistische Bewegung ist, ist: „In einem geordneten Staatswesen darf es keinen Raum für Organisationen geben, deren Ziele von solch gemeingefährlicher Art sind. Der Staat hat die Pflicht, hier endlich einmal zuzuschlagen, ehe es zu spät ist, und ehe die kommunistischen Bürgerkriegsorganisationen die Brandfackel des Aufruhrs ins Land geschleudert haben!"

In der gleichen Denkschrift wird auch die

Auflösung des „Deutschen Freidenkerverbandes" gefordert,

ebenfalls unter Beifügung von „Originalmaterial". Ebenso ist die „Deutsche Friedensgesellschaft nach dem Hetzmaterial sofort „für das gesamte Reichsgebiet zu verbieten" und mit ihr „Das andere Deutschland", „deren Führer unter Landesverrats-Anklage zu stellen sind". Einen breiten Raum der Denkschrift nimmt auch die „Schaffung eines Gesetzes zum Schutze gegen Volksverrat" ein, was „eine der ersten Aufgaben der Reichsregierung sein wird".

Es hat sich erwiesen, daß was wir als das nächste Ziel der Staatsstreichregierung aufgezeigt hatten, schon jetzt verwirklicht werden soll: Aus einer anderen sicheren Quelle erfahren wir, daß man in den Kreisen der neuen Reichsregierung tatsächlich drauf und dran ist, den „Ratschlägen" der Geheimpolitiker zu folgen und in den nächsten Tagen mit einer

Notverordnung vor die Oeffentlichkeit zu treten, in der gegen die gesamte Linksfront ein Schlag geführt wird, wie man ihn noch vor wenigen Tagen nicht für möglich gehalten hätte.

Die Putschisten in der Regierung, die im Augenblick den Sinn für die wirklichen Machtverhältnisse in Deutschland völlig verloren zu haben scheinen, sollen wissen, daß sich auf eine solche Notverordnung zur Unterdrückung der proletarischen Freiheitsbewegung eine Einheitsfront bilden wird, an der sämtliche Machtgelüste der faschistischen Reichsregierung elend zerschellen!

Zu diesen ungeheuerlichen Vorbereitungen, erhalten wir außerdem folgende aufschlußreiche Information. In den verschiedenen Ressorts der Reichsregierungen liegen bereits eine Unzahl von Verbotserlassen gegen die Linksorganisationen fertig, dazu umfangreiche „Begründungen". An diesen Vorbereitungen der Unterdrückungsmaßnahme wird bereits seit einigen Wochen (!) eifrig gearbeitet, und zwar unter der Mithilfe einer politischen Clique, die es bisher glänzend verstanden hat, sich im Hintergrund zu halten, aber dafür um so gründlicher ihre Unterminier- und Hetzarbeit betätigt. Im Verbot der sogenannten

Die führenden Leute des Redaktionsstabes der Clique sind:

Herr Walter Korodi,

vom politischen Stab der „Berliner Börsenzeitung" und der vor kurzem aus der Reichswehr ausgeschiedene

General von Stülpnagel

der zur Zeit in der „Berliner Börsenzeitung" gemeinsam mit dem Chefredakteur Dr. Jügler als hauptverantwortlich für den konzentrisch gegen die revolutionären Organisationen um die linke Front geführten Angriff anzusehen ist.

Vor einiger Zeit wurde bereits aus Enthüllungen der Linkspresse bekannt, daß ein erheblicher Teil des Materials gegen das Reichsbanner aus Ausschnitten aus der „Börsenzeitung" besteht, so gut wie das gesamte Kampfmaterial gegen Links in den Archiven der Reichs- und Staatsbehörden aus der gleichen Quelle stammt, den gleichen auffallenden Stil trage und nur der Schluß übrig bleibe, daß es sich überall um die gleiche Persönlichkeit handele.

Auch bei den Notverordnungen im März 1931 wurde fast ausschließlich Korodi-Material verwandt. Die antifaschistische Junge Garde wurde vor zwei Jahren auf einen Korodi-Artikel hin verboten. Dieser Korodi, der jetzt das Material für die Verbote aller revolutionären und Linksorganisationen liefert, ist der Sohn des deutsch-rumänischen Staatssekretärs a. D. Lutz Korodi, der unter den chauvinistischen Kreisen der Auslanddeutschen-Propaganda tätig ist. Auch die Hetzkampagne gegen unseren Genossen Herbers in Kassel stammt aus der gleichen Quelle: von General Schleichers Vertrauensmann Karodi!

Wahltermin 31. Juli

Vorher Aufhebung des SA-Verbots

Amtlich wird mitgeteilt, daß der Wahltermin für die Reichstagswahl auf den 31. Juli festgesetzt wurde. Der Erlaß des Reichspräsidenten über die Festsetzung dieses Wahltermins wird heute veröffentlicht werden.

Die Verschiebung dieses Termins bis zum Ende der nach der Auflösung zulässigen sechzig Tage ist ein erster Rückzug der Putschistenregierung, die schon in wenigen Wochen Ueberrumpelungswahlen wollte, aber jetzt unter dem Druck der allgemeinen einsetzenden Abwehrstimmungen nachgeben mußte. Eine erste Konzession, die nicht etwa die Staatsstreichmethoden wettmacht, die aber beweist, daß die Putschisten nicht so fest sitzen, wie sie glauben machen wollen! Dies geht auch aus der Lebhaftigkeit hervor, mit der die offiziöse Dementierspritze zu arbeiten hat.

Während aber dementiert wird, daß Hindenburg zugunsten des Kronprinzen-Reichsverweser zurücktreten will — dementiert wird, daß Verfassungsänderungen geplant seien — die Absicht dementiert wird, ein deutsch-französisches Militärbündnis gegen die Sowjetunion zu schaffen, bereitet die Regierung „in aller Legalität" Schläge, die für die Arbeiterbewegung vernichtend sein sollen, schon für die allernächste Zeit vor!

In unmittelbarer Vorbereitung ist ein Verbot aller revolutionärer Organisationen sowie des Freidenkerverbandes und der Friedensgesellschaft. Wir berichten darüber ausführlich an anderer Stelle.

Unmittelbar bevorsteht gleichzeitig unter dem Titel „Aufhebung der politischen Notverordnungen" die Aufhebung des Verbots der SA und aller Einschränkenden Maßnahmen gegen die faschistische Bewegung.

Unmittelbar in Vorbereitung ist auch gleichzeitig eine Notverordnung, die die Arbeitslosenversicherung abbaut und für die sechs Millionen Erwerbslosen die Wohlfahrtspflege und den Zwang zur Teilnahme an der „freiwilligen Arbeitsdienstpflicht" einführt!

Unmittelbar in Vorbereitung ist zugleich ein Schuldenerlaß für die Großkapitalisten und Junker, denen der Zinsen- und Rückzahlungsdienst für die Subventionen bis zu 40 Prozent erlassen werden soll.

Die geplanten Schläge sind so ungeheuerlich, daß sie durch die sofortige gemeinsame Abwehraktion aller Arbeiterorganisationen beantwortet werden muß!

Alarm!

Das Gebot der deutschen Arbeiterschaft.

Von C. Driemer (Dortmund).

Das deutsche Proletariat hat noch eine Galgenfrist von wenigen Wochen, dann wird der neue Reichstag, der eine sogenannte Nationalversammlung werden soll, zusammengetreten sein mit der Aufgabe, die Abänderung der Verfassung vorzunehmen. Das würde bedeuten, daß dann der Faschismus in seiner Vollendung fast verwirklicht wäre und auf Jahrzehnte hinaus die deutsche Arbeiterschaft in Fesseln geschlagen sein wird.

In letzter Minute muß ein einheitlich geschlossener Kampfblock zusammengeschmiedet werden, um sich mit ganzen Kraft dem Faschismus zur Wehr zu setzen, und aus dessen Abwehr sie zum Kampf für den Sozialismus weiterschreiten muß. Einheitsfront des Proletariats! Diese Losung ist jetzt die einzige noch, für die wir uns mit aller Energie einzusetzen haben, die wir der Arbeiterschaft einhämmern müssen. Es bleibt nichts anderes mehr! Denn morgen würde Unterlassung, die geringste Gleichgültigkeit zum grausamen Rächer werden. Es geht nicht mehr um eine Partei, in einigen Wochen würde keine sozialistische Partei mehr in Deutschland legal bestehen. Es geht um die gesamte deutsche Arbeiterklasse!

Noch sieht es nicht danach aus, als ob in so kurzer Zeit die Einigung des deutschen Proletariats möglich sein kann. Noch stehen zwei große Lager in erbittertem Hader gegenüber. Was gestern noch berechtigt gewesen sein mag, hat heute seinen Sinn verloren! Hier liegt die große historische Aufgabe der SAP, die bis heute so gut wie ungelöst geblieben ist, aber an deren unverzügliche Lösung heranzugehen, keine Minute Zeit mehr versäumt werden darf.

Erstes Erfordernis zur Sicherung des Erfolges ist, daß sich jeder Parteigenosse uneingeschränkt in den Dienst dieser Aufgabe stellt. An jeder Stelle, zu jeder Zeit, im Betriebe, beim Stempeln, in Versammlungen, auf den Straßen und in den Häusern, überall muß jeder größte Aktivität entfalten.

Die Hauptenergie ist dabei auf die SPD- und KPD-Arbeiter anzuwenden, denn sie, als organisierte Arbeiter, werden die Kerntruppe der Einheitsfront darstellen. Nicht die Indifferenten sind es, wo wir anzusetzen haben. Es wird ein leichtes sein, auch sie einzureihen, sobald die SPD- und KPD-Arbeiter dazu bereit sind.

Wenn zwar bei den meisten von ihnen kein Zweifel mehr darüber bestehen wird, daß nur die Einheitsfront der Arbeiterschaft in der Lage ist, den vernichtenden Schlag gegen den Faschismus zu führen, so bestehen um so größere Meinungsverschiedenheiten darüber, wie die Front herzustellen ist. Die alte Parole: Einheitsfront nur in der KPD, oder nur in der SPD, hat sich als das größte Hindernis erwiesen. Der einzige Weg, der noch beschritten werden kann, und für den sich die SAP seit ihrem Bestehen einsetzt, ist die Bildung von proletarischen Einheitskartellen, denen sich alle sozialistischen Arbeiterparteien, ihre Kultur- und Sportorganisationen, die Freien Gewerkschaften bis zur RGO und die Erwerbslosenausschüsse anzugliedern haben. Wo bereits Anfänge dazu bestehen, müssen sie ausgebaut werden, wo die ersten Versuche gescheitert sind, sind neue Versuche anzustreben.

In diesen Tagen erläßt das Zentral-Komitee der Kommunistischen Partei Deutschlands unter zahlreichen Aufrufen auch einen zur Schaffung von Einheitsausschüssen der antifaschistischen Aktion. Er wendet sich an alle deutschen Arbeiter ohne Unterschied ihrer Parteizugehörigkeit und gewerkschaftlichen Einstellung. Und doch wird auch hier noch der Standpunkt vertreten: Einheitsfront nur unter der Führung der KPD.

So schafft man die Einheitsfront nicht! So gewinnt man nicht das Vertrauen der Arbeiter! Bisher hat die KPD ihre Unfähigkeit in der Führung bewiesen. Die Frage der Führerschaft hat erst an zweite Stelle zu treten. Schon in der ersten Aktion wird sich herausstellen, wer zur Führung befähigt ist. Zeigt das die KPD, wird sich kein Arbeiter gegen ihre Führerschaft sträuben.

Grundbedingung für die fruchtbare Arbeit der Einheitskartelle ist strenge proletarische Demokratie. Jede Organisation muß ihrem Stärkeverhältnis nach Sitz und Stimme haben. Die proletarische Demokratie wird ergänzt durch die proletarische Disziplin. Einmal angenommene Beschlüsse sind für alle bindend. Ein Ausfall wäre Verrat an der proletarischen Sache. Damit wirklich einheitliche Aktionen zustande kommen, muß unter den einzelnen Ortskartellen engstes Zusammenarbeiten herrschen.

Trotz der Eile, die nottut, ist mit der Ablehnung zunächst einzelner Organisationen zu rechnen, vor allem von der SPD und den Freien Gewerkschaften. Da ist verstärkte Agitation Gebot der Stunde. Mit streng sachlicher Argumentation ist jedem Arbeiter zu begegnen, der glaubt, der Faschismus könnte noch durch Parlamentarismus und Verhandlungen abgewehrt werden. Die Ereignisse der letzten Tage helfen uns in unserer Beweisführung.

Wenn die Reichstagsfraktion der SPD in ihrem Aufruf vom 1. Juni erklärt, daß sie alle parlamentarischen Konsequenzen ziehen wird, so ist das eine furchtbare Illusion. Als ob der Arbeiterschaft überhaupt noch Gelegenheit gegeben würde, parlamentarische Konsequenzen zu ziehen! **Am 2. Juni stellte die SPD-Reichstagsfraktion den Antrag auf Einberufung des Reichstags, verbunden mit dem Antrag: Die Reichsregierung genießt nicht das Vertrauen des Reichstags! Am 3. Juni wird der Reichstag mit einem Federstrich, ohne auch nur gehört zu werden, aufgelöst. Da spricht die SPD noch von parlamentarischen Konsequenzen!**

Der entscheidende Kampfplatz des Proletariats liegt jetzt außerhalb der Parlamente, wie ja die Bourgeosie noch nicht einmal mehr auf die parlamentarische Geste Wert legt.

Auf welcher Grundlage kann überhaupt die einheitliche Aktion des deutschen Proletariats erfolgen? Sie wird entstehen, indem an die gemeinsamen Forderungen der proletarischen Parteien angeknüpft wird. Es sind die Tagesforderungen, die lauten:

Gegen Lohn-, Gehalts- und Unterstützungsabbau.

Gegen Rückgangigmachung aller erfolgten Abzüge.

Für die 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Für Arbeitsbeschaffung.

Für Presse-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit.

Den Arbeitern ist einzuhämmern, daß es nichts hilft, diese Forderungen aufs Papier zu setzen, daß sie nichts anderes als Papier bleiben, wenn man glaubt, sie durch Verhandlungen mit dem Klassengegner, durch unorganisierte Teilstreiks oder durch leeres Geschrei zu erzwingen. Nur die einheitliche Aktion, nur der politische Massenstreik kann sie erkämpfen. Die Gewerkschafts- und Parteiapparate müssen auf ihre eigenen Forderungen festgelegt werden. Durch Beschlüsse in den Versammlungen sind sie unter Druck zu setzen, mit der Tat für ihre eigenen Forderungen einzutreten.

Als erster Schritt heißt das: Anschluß an die proletarischen Einheitskartelle. Die Führer der Organisationen können keinen Widerstand dagegen leisten, wenn die Mitglieder wirklich handeln, indem sie das erzwingen, was nur noch zu tun übrig bleibt.

Mit dem zähen Willen des Gelingenmüssens, noch in letzter Minute die Arbeiterschaft zusammenzuschmieden, mit dem Aufwand der letzten Energie dafür einzutreten, rastlos dafür zu agitieren, wird der Erfolg gesichert sein.

Die Zeit mahnt zum Alarm!

„Das alte Gesicht von 1914"

Was Paris aus der deutschen Regierungserklärung liest

Die Regierungserklärung des Kabinetts von Papen wird von einem Teil der Pariser Presse eingehend kommentiert und dahin ausgelegt, daß das Kabinett endgültig den Weg der Autorität eingeschlagen habe und ein antidemokratisches Regime einführen wolle.

Der „Petit Parisien" erklärt, der Sturz der Regierung Brüning habe sicherlich die Lage ein wenig aufgeklärt. Für Frankreich sei nunmehr größte Aufmerksamkeit am Platz.

Die „Ere Nouvelle", das Organ des neuen französischen Ministerpräsidenten, betont, daß die Reichsregierung sicherlich dazu übergehen werde, gegen Europa und die europäische Ordnung Erpressungen zu versuchen. Die Wahl des deutschen Botschafters in London, von Neurath, eines Diplomaten der alten Schule, zum Reichsaußenminister beweise, daß der Reichskanzler keinen Anstoß erregen wolle. Für die Lausammer Konferenz sei die neue Regierung jedoch derjenigen Brünings vorzuziehen, da sie unverhüllt ihre Auffassung kundgeben werde.

Der „Temps" sagt, die Regierungserklärung stelle ein Dokument von ungeheurem Wert dar. Sie habe den Wert einer endgültigen Handlung, **da sie die Brücke zur Vergangenheit abbreche und den Ausgangspunkt einer vollkommen neuen Politik darstelle.** Das Blatt glaubt nicht, daß Reichskanzler von Papen am Ende der Schwierigkeiten angelangt sei; die Krise sei im Gegenteil erst in die Hauptphase eingetreten. Sie werde noch mehr als eine Ueberraschung bringen, sowohl auf innen- wie auf außenpolitischem Gebiet. Die scharfe Sprache der englischen und amerikanischen Presse gegenüber der neuen Reichsregierung scheine außerdem die Tatsache zu bestätigen, daß das sogenannte „Präsidentschaftskabinett" die internationale Atmosphäre wesentlich verändert habe. Am Vorabend der Genfer und Lausanner Verhandlungen werde dies der neuen Regierung großen Kummer kaum ersparen.

„Paris Soir" ist der Auffassung, daß die Regierungserklärung in außenpolitischer Hinsicht sehr zurückhaltend sei, in erster Linie wegen der Lausanner Konferenz. Die neue Regierung wünsche nicht den Eindruck zu erwecken, als ob sie neue Mittel und Wege suche, sondern wolle die Kontinuität wahren. Sie beschränke sich lediglich darauf, das Bild der allgemeinen Lage im Reich zu vernebeln. Für die Krise in Preußen und im Reich mache man — wie stets — den Versailler Vertrag verantwortlich, und diese Tatsache genüge, um die Haltung zu ergründen, die die Reichsregierung in Lausanne einnehmen werde.

Auch die Montagblätter befassen sich noch eingehend mit der Regierungserklärung des Kabinetts v. Papen und weisen einstimmig darauf hin, daß die neue Regierung mit aller Entschlossenheit gegen das bisherige System vorgehe.

Die „Ere Nouvelle" erklärt, daß kein Zweifel mehr darüber bestehen könne, daß das Reich mit der Regierung v. Papen an der Spitze das **alte imperialistische Gesicht von 1914 wieder angenommen habe.** Diese Feststellung könne französischerseits nicht ohne eine gewisse Beunruhigung gemacht werden. Es sei erstaunlich, mit welcher Schnelligkeit die Männer des alten Regimes wieder auf dem Plan erschienen seien. Selbst die Regierungserklärung rufe alte bedauerliche Erinnerungen wach. Reichskanzler von Papen spreche von der friedlichen Zusammenarbeit mit der übrigen Welt. Er werde jedoch nicht daran zweifeln können, daß ein Kabinett, das die Wiederherstellung des alten Regimes und die Wiedereinsetzung der Hohenzollern vorbereite, nicht auf das Vertrauen der anderen Staaten rechnen könne. **Der sozialistische „Populaire" stellt fest, daß die Regierungserklärung von Papens vollkommen den Kundgebungen des ehemaligen deutschen Kaisers ähnele.**

Wieder Venizelos-Kabinett

TU. **Athen, 5. Juni 1932**

Der Staatspräsident hat die neue von Venizelos gebildete Regierung vereidigt. Während Michalakopulos das Außenministerium wieder übernommen hat, sind verschiedene Ministerposten mit Anhängern der Venizelos-Partei neu besetzt worden. Man rechnet mit der Kammerauflösung nach der Lausanner Konferenz und Neuwahlen etwa Mitte August.

Die Wahlen in Mecklenburg

Keine absolute Nazi-Mehrheit

Der Ausgang der Landtagswahlen in Mecklenburg bestätigt im großen und ganzen die schon bei den Wahlen in Oldenburg gemachten Erfahrungen: die Naziwelle breitet sich weiter aus, und zwar vornehmlich auf Kosten der Mittelparteien. Über die Ergebnisse

im einzelnen verteilen sich die Stimmen wie folgt:

	Stimmen	Sitze
Sozialdemokraten	108 358	18
Kommunisten	27 606	5
NSDAP	177 029	30
Burg. Arbeitgem. d. Mitte	7 809	1
Deutschn. VP	32 875	5
Arbeitsgem. nat. Mecklenburg.	7 402	1
SAP	952	—

Die für die Nazis abgegebenen Stimmen liegen um rund 40 000 höher wie bei der ersten Präsidentenwahl und sind nur um 1057 niedriger wie im zweiten Wahlgang um die Präsidentenschaft, als zu den Nazis sich auch die Deutschnationalen gesellten.

Die SAP Mecklenburgs hatte nur 952 Stimmen auf sich vereinen können. Infolge der in Mecklenburg besonders scharfen politischen Spannungen ist die Entwicklung unserer Organisation dort außerordentlich beeinträchtigt, obwohl ein empfänglicher Boden für unsere Auffassungen besteht.

Die SPD hat gegenüber den Reichstagswahlen über 15 000 Stimmen eingebüßt, konnte aber, dank einer sehr massiv geführten Agitation, gegenüber den Gemeindewahlen im November des vergangenen Jahres wieder Stimmen aufholen. Desgleichen verzeichnen die Kommunisten gegenüber der zweiten Präsidentenwahl einen Zuwachs von 3500 Stimmen, bleiben aber gegenüber dem ersten Wahlgang mit rund 6000 Stimmen im Rückstand.

Japaner rücken weiter vor

Charbin, 4. Juni 1932.

Die japanischen Truppen haben zusammen mit mandschurischen Regierungstruppen in der Nacht zum Freitag die rund 200 km nördlich von Charbin gelegene Stadt Hailun eingenommen. Hailun ist die Endhaltestelle der wichtigen Eisenbahnstrecke Charbin—Hailun und strategisch von großer Bedeutung. Die unter dem Oberbefehl von General Matschangtschang stehenden chinesischen Freischärler, die die Stadt besetzt gehalten hatten, sind in nordöstlicher Richtung geflohen.

Sozialistische Republik Chile?

Die Regierung gestürzt und von den Aufständischen übernommen

Ein seit einigen Tagen in Gang befindlicher Aufstand in Chile hat mit dem Siege der Armee geendet, die den Staatspräsidenten Montero gestürzt und am Sonntagvormittag die sozialistische Republik ausgerufen hat.

Der in der Militärfliegerschule Bosque bei Santiago gebildete revolutionäre Ausschuß richtete am Sonnabend früh an die Regierung ein Ultimatum, zurückzutreten. Gleichzeitig wurde ein Dreier-Ausschuß, an dessen Spitze der General Puga stand, beauftragt, die Macht zu übernehmen.

Als die Regierung sich weigerte, schlossen sich die Truppen der Provinz der Bewegung an und verweigerten der Regierung den Gehorsam.

Militärflieger überflogen die Stadt. Der Versuch des früheren Staatspräsidenten Alessandri, zu vermitteln, wurde vom Militär abgelehnt. Am Sonnabend früh trafen die Führer der Revolution unter Oberst Grove im Regierungspalast ein und zwangen Montero, abzudanken. Bei einnem Menschenauflauf in den Straßen der Hauptstadt wurde scharf geschossen, wobei es drei Tote und 61 Verwundete gab.

Das Programm

Santiago de Chile, 6. Juni 1932.

An der Spitze der neuen chilenischen Regierung steht ein Dreimänner-Ausschuß, bestehend aus General Arturo Puga, der zugleich Innenminister ist, ferner dem früheren chilenischen Gesandten in Washington, Don Carlos Davila und Don Eugenio Matte. Das Programm der neuen Regierung ist außerordentlich umfangreich und umschließt u. a.:

eine scharfe Besteuerung der großen Vermögen, wodurch 500 Millionen Pesos aufgebracht werden sollen,

die allgemeine Arbeitspflicht und Beschlagnahme unproduktiven Landes zur Arbeitsbeschaffung für Arbeitslose,

die Auflösung und Verstaatlichung des Cosach-Chilesalpeter-Konzerns,

staatliche Monopolisierung von Oel, Tabak, Zucker, Alkohol und Streichhölzern,

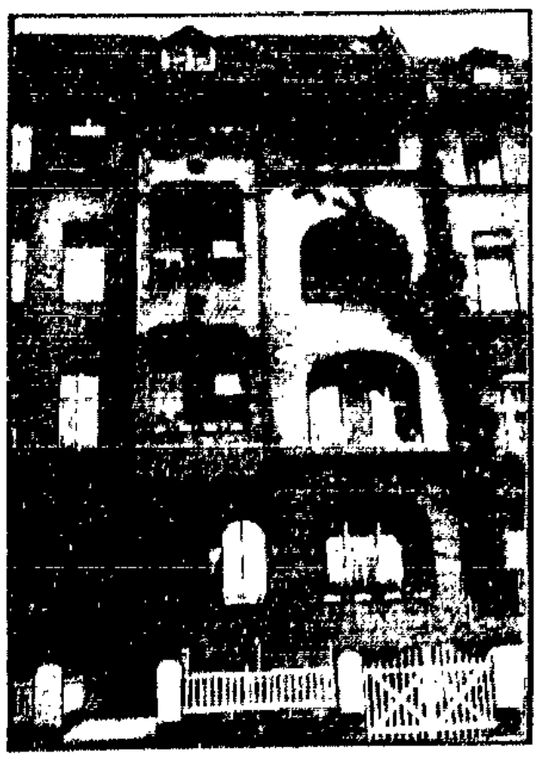
ferner Verstaatlichung der Banken und eine schrittweise Sozialisierung des Kredits.

Ueber die Einzelheiten des Sturzes von Präsident Montero wird noch folgendes bekannt: Die Aufständischen-Führer ließen zunächst einige Bombenflugzeuggeschwader über dem Präsidentenpalast kreisen, die revolutionäre Flugblätter abwarfen. Die aufständischen Truppen wurden von dem Flugplatz El Bosque mit Kraftdroschken, Lastwagen und Omnibussen nach der Stadt befördert und in der Nähe des Palastes aufgestellt. Die Aufständischen-Führer betraten darauf den Präsidentenpalast und unterhandelten persönlich in freundschaftlichster Weise mit Montero. Dieser sagte, er trete zwar nicht zurück, müsse sich aber der Gewalt fügen und verließ den Palast.

*

Der erfolgreiche Umsturz wird in der gesamten Presse — der „Vorwärts" nicht ausgenommen — als „sozialistisch" bezeichnet. Tatsächlich enthält das Programm auch Punkte, die — wenn auch nur bedingt, — eine derartige Charakterisierung zu rechtfertigen scheinen. Aber abgesehen davon, daß es noch gute Weile bis zur Durchführung der in dem Regierungsprogramm gemachten Versprechungen hat, muß schon der Umstand Argwohn erregen, daß die Träger des Umsturzes Militärs sind, die in der Welt nicht gerade im Ruf von Sozialisten stehen. Dieser Argwohn wird auch nicht durch Erklärungen weggewischt, die einer der Aufstandsführer, Carlos Davila, über die einzuschlagende Politik abgegeben hat und in denen er sich zur Notwendigkeit der Ersetzung des kapitalistischen Systems durch einen fortschrittlichen Staatssozialismus bekannte, da nach seiner Ueberzeugung das kapitalistische System im Sterben liege. Das ist zwar vollkommen richtig, und ebenso unzweifelhaft ist, daß der neue Umsturz in Chile auf den völligen Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft dieses Landes zurückzuführen ist. Die Not und das Elend der Bevölkerung ist ohne Grenzen. Aber nicht um dem Kapitalismus den Todesstoß zu geben, haben sich die Militärs an die Spitze des Aufstandes gestellt, sondern um die im Volke herrschende Gärung nach einer bestimmten Richtung umzubiegen: der Kampf gilt nicht dem Kapitalismus schlechthin, sondern dem ausländischen und hier wieder vornehmlich demjenigen von Dollaramerika, das in Chile riesige Kapitalien — rund eine Milliarde Dollar — investiert hat. Es handelt sich also um eine eindeutig nationalsozialistische Bewegung, was sich auch schon aus der geplanten Arbeitsdienstpflicht, einer typisch nationalsozialistischen Forderung, ergibt. Von einer „sozialistischen Republik Chile" kann somit heute und morgen keine Rede sein.

Pahls Wohnung in Berlin-Hohenschönhausen



Ein neuer Salaban

Berlin, 6. Juni 1932

Innerhalb von 8 Jahren hat der Berliner Chemigraph Pahl für 50 000 Mark Zehn-, Zwanzig- und Fünfzigmarkscheine gefälscht. In seinem Schlafzimmer, das außer seiner Frau niemand betreten durfte, hat er sich eine kunstgerechte Werkstatt angelegt, in der er nur nachts arbeitete. Das selbst gefertige Geld gab er nur in kleinen Raten und niemals in der Nähe seiner Wohnung aus. Als er bemerkt hatte, daß die Zehnmarkscheine auffielen, legte er sich auf die Fabrikation von Zwanzigmarkscheinen. Endlich ist es jetzt der Kriminalpolizei gelungen, ihm auf die Spur zu kommen und ihn festzunehmen.

Strafkammer schützt prügelnde Nazi-Studenten

Gefängnisurteil aufgehoben

Berlin, 6. Juni 1932.

Anfang Februar kam es, wie erinnerlich, an der Berliner Universität zu heftigen Zusammenstößen zwischen nationalsozialistischen und sozialdemokratischen Studenten. Das Schöffengericht hat einige Tage darauf sieben nationalsozialistische Studenten zu Haftstrafen verurteilt, darunter die Studenten Pabst und Ruppin wegen schweren bzw. einfachen Landfriedensbruches zu vier und acht Monaten Gefängnis. **Die Berufungsinstanz hat nach mehrtägiger Verhandlung das Urteil aufgehoben und den einen der Angeklagten wegen vorsätzlicher Körperverletzung zu 150 Mark, den anderen wegen ruhestörenden Lärms (!) zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt.** In der Urteilsbegründung wird ausdrücklich festgestellt, daß ein

Angriff von rechts erfolgt ist, ohne daß von links provoziert worden ist.

Ebenso ist der Tatbestand der Zusammenrottung festgestellt. Der Tatbestand verlangt also eindeutig eine Bestätigung des Schöffengerichtsurteils.

Aber es handelt sich um Nazis, und die künftigen Machthaber Deutschlands dürfen in ihren Vorbereitungen auf das Dritte Reich natürlich nicht gestört werden. Der nationalsympathische Landgerichtsrat Schlomer hat schnell den notwendigen Dreh gefunden: der Tatbestand des Landfriedensbruches liegt nach seiner Beweisführung nicht vor, da in die Universität nur ein beschränkter Teil von Personen Zutritt habe, also der Tatbestand der Oeffentlichkeit zu verneinen sei.

Der Herr Landgerichtsrat ist offenbar noch nie an dem Berliner Universitätsgebäude vorbeigekommen. Sonst hätte er feststellen können, daß — von wenigen Ausnahmetagen abgesehen — in den Hof jeder ungehindert von der Straße aus Zutritt hat. Aber es ging um die Herren Nazi-Studenten. Was wäre wohl mit sozialistischen Studenten geschehen, gegen die ein derart eindeutiger Tatbestand vorgelegen hätte?!

Unerhörtes Klassenurteil

Arbeiter Kasprick zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt

Cottbus, 6. Juni 1932.

Das Schwurgericht Cottbus hat den Arbeiter Kasprick zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt.

Wie sich aus der Hauptverhandlung ergibt, handelt es sich um einen

ganz besonders krassen Fall der Klassenjustiz.

Die Vorstrafen, die strafverscharfend gewirkt haben, liegen mit einer Ausnahme sämtlich vor dem Jahre 1920. Danach ist er nur ein einziges Mal verurteilt worden, und zwar, wie sich aus der jetzigen Verhandlung einwandfrei ergibt, zu unrecht.

Während er sich in Berlin aufhielt, wurden mehrfach in seinem Heimatort Diebstähle begangen, deren er verdächtigt wurde, ohne daß irgend ein Anhaltspunkt dafür vorlag. Auf Grund dieser Verdächtigungen brach eine starke Hetze gegen ihn aus, in deren Verfolg der Förster des Ortes geäußert hat,

sobald er ihn sähe, werde er ihn niederschießen.

Eines Morgens trafen Kasprick und sein jüngerer noch niemals vorbestrafter Bruder den Förster im Walde. Der Förster forderte den Bruder auf, seine Aktentasche zu zeigen. Im gleichen Augenblick wird ein Schuß hörbar, dem zwei weitere folgen. Das ist der ganze Tatbestand. Aus dem Schusse wird die Anklage auf Mordversuch hergeleitet. Kasprick erklärte vor Gericht, es habe sich nur um Schreckschüsse gehandelt, da er auf Grund der Drohungen, die nicht bestritten werden, fürchten mußte, daß er und sein Bruder von dem Förster niedergeschossen würden. Es liegt also zweifellos Notwehr vor.

Einige „Freunde" rieten Kasprick, sich freiwillig dem Gericht zu stellen. Sie brachten ihn selbst per Auto nach Cottbus. Da die Fahrt über einen kleinen Ort namens Siebenhurgen ging, verbreitete sich die Legende, K. solle ins Ausland geschafft werden. Auf Grund dieser Alarmnachricht wurde das Auto angehalten, wobei es zu Schießereien kam. Hierbei wurde ein Gendarm von einem anderen Gendarmen verletzt, das ist das einzige Blut, das geflossen ist, aber nicht durch Kasprick's Schuld, sondern durch die Schuld der Gendarmen. Irgendwelche Eigentumsdelikte oder sonstige Vergehen konnen ihm nicht nachgewiesen werden. Da K. ein, wie es in der dortigen Gegend üblich ist, geübter Wilderer ist, besteht kein Zweifel, daß er den Forster getroffen hatte, wenn er ihn hatte treffen wollen.

Das ganze Milieu, in dem K. lebt, beweist, daß man ihn der Stimmungsmache und der Ungeschicklichkeit der Gendarmerie und der Behörden geopfert hat. **K. ist eines von elf Kindern eines kleinen Stellmachers, der sich und seine Familie mühselig und ehrlich mit Kartoffeln und Leinöl durchs Leben schlug.** Er macht eher den Eindruck eines etwas zurückgebliebenen, infantilen Menschen, als den eines Verbrechers.

In der Verhandlung bildeten sich deutlich zwei Parteien. **Die Arbeiterschaft und die Kleinbauern der Gegend nahmen heftig für K. Stellung,** während sich die sogenannte „bessere" Gesellschaft ebenso entschieden von ihm abwandte. Besonders übel benahm sich der Sanitätsrat, auf dessen Veranlassung K. sich dem Gericht gestellt hatte. Aus Furcht, dem Verdacht der Begünstigung ausgesetzt zu sein, leugnete der feine Herr alles ab, was zu Ks. Gunsten sprechen könnte. Diese Stimmungsmache erreichte es dann auch wirklich, den Angeklagten, dessen Schuld alles andere als erwiesen ist, auf sechs Jahre ins Zuchthaus zu werfen. Er ist ja nur ein Arbeiter...

Milde Strafe für einen Gemeingefährlichen

Berlin, 6. Juni 1932.

Die große Strafkammer beim Landgericht II bestätigte nach zehnstündiger Verhandlung das Urteil des Schöffengerichts gegen den Kunstmaler von Othegraven, durch dessen Leoparden ein Kind getötet wurde. Für den Rest der Strafzeit wurde Bewährungsfrist gewährt.

Das Leben eines Proletarierkindes — es handelt sich um das Kind des Portiers in Othegravens Haus — wird von dem Gericht seltsam niedrig bewertet. Das Kind ist einer gemeingefährlichen Laune des Malers zum Opfer gefallen — aber Sühne gibt es nicht. Ob das Gericht ebenso entschieden hätte, wenn ein hochherrschaftliches Kind umgekommen wäre?

Todesurteil im Frankfurter Mordprozeß

Frankfurt a. d. O., 6. Juni 1932

Nachdem die deutschen Gerichte eine Zeitlang — wohl im Hinblick auf die Beratungen über ein neues Strafgesetz — das mittelalterlich-barbarische Todesurteil ausgesetzt hatten, häufen sich mit dem immer reaktionärer werdenden Kurs der Reichsregierung auch wieder die Todesurteile.

In Frankfurt a. d. Oder wurde der Angeklagte Heinke wegen Mordes zum Tode verurteilt, obwohl die Ermittlungen ergebnislos verlaufen waren. Lediglich ein Kassiber wurde gefunden. **Das genügte dem Gericht, um die schwerste und einzige nicht revidierbare Strafe zu verhängen.**

Stärkt unsere Presse!
Kauft Gutscheine!

BÜHNE VON LINKS GESEHEN

Der Tiefstapler

Franz Cammerlohr:
(Theater in der Behrenstraße)

Man merke sich den Namen des Verfassers. Er hat Großes erreicht: soviel Blödsinn auch schon verzapft worden ist, so oft man gedacht hat, tiefer geht's nimmer, Cammerlohr hat bewiesen, daß es noch tiefer geht. In Buxtehude und Kleinkleckersdorf hatte man ihn ausgelacht, in der Behrenstraße amüsiert man sich köstlich. Die Direktion äußerte mir gegenüber den Wunsch, Proletariat bei sich zu sehen. Ja, sehr geehrter Herr Direktor, das wird nur möglich sein, wenn Sie Leute wie Cammerlohr in der Versenkung verschwinden lassen. Ihre Schauspieler sind ausgezeichnet; sie spielen mit einer Hingabe, die einer besseren Sache würdig ist. Ralph Arthur Roberts gibt einen echten Grafen, der, als er Einbrecher bei sich überrascht, sich für einen Kollegen ausgibt, mit Geschmack und Humor. Eugen Burg als Gentlemaneinbrecher mit den feinen Manieren, Lizelotte Rosen als seine Nichte, Ellen Hille als Budapester Tänzerin, und vor allem Maria Karsten, die amerikanisch und berlinisch gleich gut beherrscht, tragen zu den Lachsalven bei. Es gibt zwar dofe Polizisten, aber Hans Werzner zeigt sich ein bischen zu dof. Rudolf Weinmann gibt eine schlottrige Durchlaucht, wie sie jährlich einige dutzendmal über die Bühne gehen.

E. R.

Offenbach: Die Briganten

(Neueinstudierung in der Städt. Oper, Berlin)

Ein Räuberhauptmann muß zur Betätigung seiner sich langweilenden Horde zum entscheidenden Schlag ausholen. Eine spanisch-portugiesische Königshochzeit, bei der nach diversen Verkleidungen und Ueberfällen die Tochter des Räubers als angebliche Braut präsentiert wird, gibt den Stoff ab. Der Räuberhauptmann wird nach seiner Entlarvung Polizeihauptmann, weil . . . seine Tochter den Fürsten mal hat entkommen lassen. In diesem Rahmen spielte das Ensemble beste Buffo-Oper; glänzend die Regie Gründgens' als Gast, ausgezeichnet die gesanglichen Einzelleistungen. Doch Gründgens als Schauspieler sprachlich turmhoch den immer schlechter artikulierenden Sängern überlegen.

Wäre die Oper nicht so teuer, man müßte hingehen, man hat wieder herzlich zu lachen. Wer aber empört über die Aufführung eines — jüdischen Werkes ist, wer den unseres Wissens durchaus arischen Kapellmeister Breisach als Juden ebenso in Grund und Boden verdammt, das ist der „Angriff". Offensichtlich fühlt sich Goebbels dem Räuberhauptmann zu verwandt und denkt bei der Bande an seine wieder auferstehende SA, daher die beleidigte Schönheit . . Dennoch sah man teutsche Jünglinge, ihre voluminösen Thusneldas am Arm, hakenkreuzgeschmückt sich an der Aufführung verlustieren. Neugier und Widerstandsgeist scheinen selbst in der NSDAP stärker noch zu sein als Parteidisziplin und Goebbels Bannstrahl! — el

Leichtsinnig handelt nur der Tor,
wer klug ist, beugt der Krankheit vor:
Mit Kommaflott!

Rauchen Sie „Juno",
dann rauchen Sie richtig!

Wirkliche Kenner halten unentwegt zu
JUNO,
weil sie weder Wertmarken, Gutscheine noch Stickereien bringt,
dafür aber dem Raucher unendlich mehr und besseres bietet:
köstliche Tabake in sorgfältigster Mischung
und volles Format.

A 1 SAP im mecklenburgischen Wahlkampf

Unsere mecklenburgischen Genossen haben den Wahlkampf auf der ganzen Linie durchgeführt. Schwer und groß war die Arbeit. Hauptsächlich die Schweriner Genossen haben Opfersinn und Opfermut aufgebracht, um auch auf das flache Land vorzustoßen. Viele Kilometer mußten per Rad zurückgelegt werden, um in den verschiedenen Ortschaften Versammlungen, Propaganda und Agitation zu betreiben.

Aber auch die Vertrauensleute in den Dörfern taten ihre Pflicht unter größter Gefahr. **Ueber 20 Versammlungen wurden abgehalten.** Die Genossen Seydewitz, Siemsen, Jacobsen, Busch, Ziegler, Kiele waren als Referenten tätig. In allen Versammlungen wurden ihre Ausführungen mit großer Aufmerksamkeit und großem Beifall aufgenommen.

Auch als Diskussionsredner in gegnerischen Versammlungen fanden unsere Genossen großen Anklang. Verschiedene Vertrauensleute wurden neu geworben.

In Schwerin hatten wir nach einer Versammlung mit dem Genossen Seidewitz acht Neuaufnahmen.

Jetzt heißt es, weiter vorstoßen! Unermüdlich werden unsere Genossen in Mecklenburg, eingedenk der geschichtlichen Mission, die unserer Partei gestellt ist, weiter arbeiten, im Interesse der Partei und des ihr gesetzten Zieles. Nur eine starke Organisation ist imstande, den Druck auf die bestehenden Arbeiterparteien auszuüben, damit diese sich von ihrer parteiegoistischen Einstellung abkehren, im Interesse der Klassenfront des Proletariats. Alle kleinlichen Dinge müssen jetzt zurückgestellt werden, um unsere Organisation groß und stark zu machen.

In diesem Sinne: Kampfbereit!

Ulm

Die Funktionär- und Mitgliederversammlung des SJV verlangt vom Parteivorstand, daß die Genossen, die hinter der „Generallinie" stehen, in der SAZ und insbesondere im Kampfsignal ihre Meinung frei äußern dürfen, und daß die von ihnen aufgestellten Forderungen vom PV aus vertreten werden.

Frankfurt a. M.

Proleten wollen Einheitsfront. In Frankfurt-Westhausen wurde in einer öffentlichen Versammlung ein Einheitskomitee gebildet. Das Komitee besteht aus SPD-, SAP-, KPD- und parteilosen Arbeitern. In seiner ersten Sitzung beschloß das Einheitskomitee für kommenden Dienstag eine öffentliche Kundgebung. Außerdem erließ es folgenden Aufruf zur Bildung der Einheitsfront:

„Die Arbeiterschaft von Westhausen hat sich über alle Parteischranken hinweg zum gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus und gegen die gesamte Reaktion zusammengeschlossen. Sie ist sich klar, daß nach dem Sturz Brünings und der Berufung der neuen Diktaturregierung von Papen die Angriffe der kapitalistischen Ausbeuter und Faschisten weiter verstärkt werden sollen. Wenn die Arbeiterschaft sich nicht zum gemeinsamen revolutionären Kampf zusammenschließt und in Aktion tritt, werden unsere Feinde eine Diktatur von Blut und Terror aufrichten. Der Hitler-Faschismus will aus Deutschland im Interesse der Großausbeuter einen Zuchthausstaat machen.

Wir haben in Westhausen die Erfahrung gemacht, daß der Zusammenschluß der Arbeiter der verschiedensten Parteien zum revolutionären Kampf zu großen Erfolgen führt. Unsere erfolgreichen Aktionen gegen Exmittierungen und Pfändungen haben zu unserem festeren Zusammenschluß geführt. Das jetzt gebildete Einheitskomitee aus 9 klassenbewußten Arbeitern, von denen einer der SPD, einer dem Reichsbanner, zwei der KPD, einer dem Kommunistischen Jugendverband, zwei der SAP und zwei Parteilose angehören, ist der Ausdruck des Einheitswillens der Westhausener Arbeiter.

Wir glauben, daß das Westhausener Beispiel von allen Arbeitern Frankfurts und des Bezirks und ganz Deutschland übernommen werden muß. Wir rufen deshalb allen Arbeitern zu: Vereinigt euch zum gemeinsamen Kampf gegen das kapitalistische System und gegen den Mordfaschismus. Folgt dem Rufe zur antifaschistischen Aktion! Bildet den antifaschistischen Massenselbstschutz!

Darüber hinaus schlagen wir allen revolutionären Arbeitern vor, zur stärksten Bekräftigung des einheitlichen Kampfwillens in kürzester Frist für das rhein-mainische Industriegebiet einen antifaschistischen und antikapitalistischen Einheitskongreß einzuberufen, zu dem die klassenbewußten Arbeiter der Betriebe, Stempelstellen und Parteien ihre Vertreter entsenden sollen. Wir wissen, daß die Einheit der Arbeiterklasse für ein freies sozialistisches Deutschland den Faschismus ein für allemal niederringt. Deshalb heißt unsere Losung: Arbeiter vereinigt euch zur antifaschistischen Aktion, zur sturmbereiten roten Offensive! Wenn wir angreifen, werden wir siegen!"

Kassel

Das Kartell **für proletarische Einheit ruft!** An alle noch nicht angeschlossenen Arbeiterorganisationen, vornehmlich auch an Sozialdemokratische und Kommunistische Partei, sowie an führende Persönlichkeiten hat das Kartell ein Rundschreiben gesandt, in dem diese erneut aufgefordert werden, sich endlich zur überparteilichen Klassenfront zu bekennen und die Arbeiterschaft zu gemeinsamen Aktionen aufzurufen. Es ist höchste Zeit, daß das Proletariat in Einigkeit den Kampf aufnimmt gegen seine Widersacher. Das Kartell, dem bis jetzt schon SAP, JSK, KPO und FAUD angehören, hat für Freitag, 10. Juni, im Lokal Wittrock, eine allgemeine Aussprache der Eingeladenen angesetzt. Kasseler Arbeiter, sorgt dafür, daß diese Veranstaltung von den Organisationsvertretern besucht wird und diese sachlich an der Bildung der wirklichen proletarischen Einheitsfront mitwirken.

Oeffentliche Jugendkundgebung gegen Arbeitszwang und Krieg. Dienstag, 7. Juni, 8 Uhr, versammelt sich die proletarische Jugend Kassels zum öffentlichen Protest im Gewerkschaftshaussaal. Drei Kasseler Jugendführer, Karl Wack, Willi Fuhrmann und Albert Brandt, werden im Auftrag des Kampfausschusses proletarischer Jugendorganisationen gegen Arbeitszwang und Krieg sprechen. Sorgt für Massenbesuch!

Jugendverhetzer als Leiter des „freiwilligen" Arbeitsdienstes in Schönfeld. Ein Jugendgenosse verteilte in der Frühstückspause beim Arbeitsdienst in Schönfeld Einladungszettel zur Jugendkundgebung und führte dabei auch Gespräche mit den „Freiwilligen". Der Arbeitsleiter erfuhr davon und bedrohte den Jugendgenossen mit den Worten: „Wenn du nicht bald machst, daß du fortkommst, trete ich dich in 'n Arsch! Unsere Jungens werden euch die Knochen kaputtschlagen, wenn ihr uns die Arbeit wieder wegnehmt. Wir sind froh, daß wir welche haben!" Tatsächlich nahmen der Leiter und einige von den „Freiwilligen" eine so drohende Haltung ein, daß unseren Genossen nur die Flucht vor Körperverletzung schützte. — Eine wirklich feine Marke, dieser Jugendarbeitsleiter, der auf so echt faschistische Manier sich sein Amt erhalten will.

Duisburg

Bund der freien Schulgesellschaften eine Filiale der SPD. Für Freitag hatte der Vorsitzende, Genosse Wahl, zur Generalvertreterversammlung eingeladen. Fünf Tagesordnungspunkte waren zu erledigen. Zu dem Geschäftsbericht des Genossen Wahl, der auf Grund der vorgeschrittenen Zeit sehr kurz war, aber doch alles enthielt, wurde von den auch oppositionellen sozialdemokratischen Genossen krampfhaft versucht nachzuweisen, daß nicht alles getan sei, was man gewünscht habe. Genosse Wahl konnte alle Bedenken ganz gut widerlegen. Der Lehrergenosse van Kessel (Deutscher Lehrerverein) stellte einen Antrag, den früheren Beschluß, der den weltlichen Schulen untersagte, an den vaterländischen Festspielen teilzunehmen, aufzuheben. Dieser Antrag wurde gegen 2 Stimmen (Deutscher Lehrerverein) abgelehnt. Der Bund der freien Schulgesellschaften ist eine überparteiliche Organisation, und diese Ueberparteilichkeit wurde von dem Bezirksvorsitzenden der freien Lehrergewerkschaft, den auch revolutionären Lehrer Nelles, der in einer SPD-Parteiversammlung die neun Neinsager beim Panzerkreuzerbau prämiieren wollte, dadurch durchbrochen, daß er nach Anweisung der SPD dem bisherigen Vorsitzenden, Genossen Wahl, einen Gegenkandidaten präsentierte, der natürlich mit den Stimmen der SPD-Mehrheit gewählt wurde. Nach Bekanntwerden des Ergebnisses stellte der seit Bestehen der Schulgesellschaft tätige Schriftführer, Genosse Marten, fest, daß der Gegenvorschlag vom Genossen Nelles ein Beweis für die SPD-Fraktionsarbeit sei, und daß er aus diesem Grunde sich mit dem Genossen Wahl solidarisch erkläre und damit seine Funktion niederlegte. Der vaterländische Festspieler, Lehrer van Kessel, wurde dann an Stelle des Genossen Marten gewählt. Der Vorsitzende der freien Lehrergewerkschaft, Neles, spielte hier die Geschäfte des Bundes in die Hände des Deutschen Lehrervereins. Was sagt die Lehrergewerkschaft zu einem solchen Vorsitzenden? Für die Mitglieder der SAP ist klar erwiesen, daß durch die Vorarbeit von Nelles die Ortsgruppe des Bundes eine Filiale der SPD werden soll. Den Kommunisten wirft man Spaltung aller Organisationen vor, und hier begeht die SPD offensichtlich dasselbe Verbrechen. Arbeiterschaft, Augen auf!

Köln

Flucht aus der „Machtposition". Wie uns aus ziemlich sicherer Quelle mitgeteilt wurde, hat der sozialdemokratische Polizeipräsident von Köln, Bauknecht, seine Pensionierung beantragt. Bis zur Stunde ist es nicht möglich, von den Geheimverhandlungen etwas zu erfahren. Wir glauben aber, daß nach den mutigen Beispielen so manches SPD-„Führers" diese Meldung stimmt. Sie ist ein weiterer Beitrag zur tapferen Kampfesweise sozialdemokratischer Funktionäre in Staatsstellungen.

1500 hören den Redner der SAP. Die Sozialistische Arbeiter-Partei hatte für Samstag zu einer Nachtkundgebung aufgerufen, die allen Schwierigkeiten zum Trotz von etwa 1500 Menschen besucht war. Genosse Paul Frölich behandelte in einem glänzenden Referat die Lage im Fernen Osten. Er kennzeichnete die Angriffe des Weltkapitalismus gegen den einzigen Arbeiterstaat und deckte Verbindungen zwischen Japans Angriff auf Sowjet-Rußland und der allgemeinen vorbereitenden Angriffspolitik des Weltimperialismus auf. Dieser Kampf steht in engster Verbindung zu den Angriffen des Faschismus und Kapitalismus gegen die Arbeiterschaft auf der ganzen Welt. Schonungslos muß mit den Illusionen eines Schutzes der Arbeiterschaft durch bürgerliche Regierungen oder durch den Völkerbund aufgeräumt werden. Nur eine Kraft gibt es, die in der Lage ist, den kapitalistischen Unsinn zu vernichten, den Helfershelfer des Kapitalismus, den Faschismus, vernichtend zu schlagen: die vereinigte Kraft des Proletariats. Zündend wirkte der Aufruf des Genossen Frölich, diese Einheitsfront zu schaffen und in einem Sturm über Deutschland mit allen Feinden der Arbeiterschaft abzurechnen. Begeisterter Beifall dankte dem Redner. Anschließend lief der packende Film „Sturm über Asien", und erst gegen 1¼ Uhr schloß die erfolgreiche Kundgebung mit dem Gesang der Internationale.

Die **Ortsgruppe der SAP** veranstaltete eine allgemeine Mitgliederversammlung, in der Klaus Zweiling und Paul Frölich sprachen. Zuerst gab Genosse Zweiling eine vortreffliche, tiefgründige Analyse der jetzigen wirtschaftlichen und politischen Situation. Er zeigte die Entwicklung des Faschismus bis zu seiner jetzigen Form und geißelte die Rolle der SPD und KPD, die beide durch ihre falsche Politik nicht zuletzt zu der rasenden Entwicklung des Faschismus beigetragen haben. Mit besonderer Gründlichkeit behandelte der Redner dann die jetzigen Regierungsschiebungen und ihre Hintergründe. Beifall belohnte Zweilings vortreffliche Ausführungen. — Aufbauend auf dieses Referat sprach Paul Frölich über die Aufgaben der SAP in dieser Stunde. Es komme jetzt für die Arbeiterklasse nur eine Aufgabe in Frage: die Schaffung einer Einheitsfront aller Proletarier gegen Faschismus und Kapitalismus. Man könne sie aber nicht so schaffen, daß man einfach alles Bestehende ungeordnet der politischen Einstellung zu einem Ganzen vereinden will; das Ergebnis wurde wahrscheinlich ein unbrauchbares Bruchstück. In dieser Stunde sollen politische Gegensätze nicht verwischt werden, aber sie dürfen nicht im Wege sein, die jetzige Hauptaufgabe des Proletariats zu erfüllen. Der Weg kann nur sein: Zusammenschluß aller sozialistischen Arbeiter und ihrer Organisationen zu überparteilichen Kartellen, die nicht vorher von jedem die Aufgabe seiner politischen Einstellung verlangen. SPD und KPD werden heute noch in ihren Fehlern weitergetrieben auf dem Wege des Reformismus oder der ultralinken Dummheiten, und deshalb erwachsen gerade der SAP große Aufgaben. Unvereinbar mit diesen Aufgaben ist die Auffassung verschiedener Parteigenossen, nur eine Maklerrolle zwischen den beiden Parteien spielen zu wollen. Nein, gerade wir müssen arbeiten in dem Sinn der Schaffung einer großen revolutionären Bewegung, die aus der SAP entstehen muß. Die kommenden Wochen werden von uns große Kämpfe verlangen, und die Partei wird ihre Aufgaben nur erfüllen können, wenn jeder von den Aufgaben der Partei durchdrungen mitarbeitet. Genosse Frölich sprach weiter über einige Strömungen in der Partei, die bei der Art ihrer Arbeit geeignet sind, die Aktionskraft der Partei zu schwächen. Auch dem Genossen Frölich dankte reicher Beifall für seine vom Ernst der Stunde durchdrungenen Ausführungen. — Der nun folgende Diskussionsredner hat leider, wie der zweite Diskussionsredner mit Recht betonte, sehr wenig verstanden, seine Ausführungen in den Rahmen des Abends einzugliedern, und mit Leichtigkeit vermochte Genosse Frölich in seinem Schlußwort diese Ausführungen zu widerlegen. — Diese Mitgliederversammlung hat vielen Genossen wieder neue Kraft gegeben für ihre so schwere und verantwortungsvolle Arbeit.

Für Parteidemokratie

Die SAP-Bezirkskonferenz für Westfalen-Süd, über deren Verlauf wir bereits berichtet haben, hat gegen eine Stimme folgende Entschließung angenommen:

Das Resultat des Preußenwahlkampfes und der anderen Landerwahlen bedeutet eine schwere Niederlage der deutschen Arbeiterklasse und eine erschütternde Anklage der SPD und KPD Politik seit 13 Jahren. Durch nichts ist die Gründung der SAP schlagender gerechtfertigt worden, wie durch diesen Wahlausgang.

Wenn es der SAP noch nicht gelungen ist, bei der Wahl durchzudringen, so sagt das nichts gegen die Notwendigkeit und Existenzberechtigung der Partei. Von einer Wahlniederlage der SAP zu reden ist eine völlige Verkennung der Schwierigkeiten für eine neue proletarische Partei, sich bei der indifferenten Masse (aus der sich die Wähler aller Parteien rekrutieren) durchzusetzen.

Die Ursachen der äußeren Erfolglosigkeit für die Partei bei den Wahlen sind:

Der konservative Sinn des deutschen Arbeiters, insbesondere der älteren Generation,

das verlorengegangene Vertrauen weitester proletarischer Schichten zum Sozialismus (als Folge der SPD- und KPD-Politik),

die finanzielle Schwäche der neuen proletarischen Partei,

die ungenügende organisatorische Stärke und der Mangel an geschulten Funktionären.

Zur Ueberwindung dieser Hindernisse und Mängel ist notwendig:

Ständiges „Trommeln" durch Flugblätter und Presse in den Betrieben und an den Stempelstellen. Versammlungen in kleinem Rahmen mit systematischer Werbung für Partei und Presse nach neuzeitlichen Gesichtspunkten;

intensive Arbeit in allen proletarischen Nebenorganisationen unter stärkster Betonung unserer Grundsätze und Praxis und dessen, was uns von SPD und KPD trennt, jedoch immer unter dem Gesichtswinkel der Klassenverbundenheit;

finanzieller und organisatorischer Ausbau der Partei mit der größten Energie und unter Einsatz aller Kräfte, systematische Schulung der Funktionäre, insbesondere für organisatorische Aufgaben.

Voraussetzung für eine erfolgreiche Aufbauarbeit in der Partei ist jedoch die Einstellung der überspitzten „Richtungskämpfe", durch die wertvollste Kraft und Zeit vergeudet werden.

Im Bezirk Westfalen-Süd gibt es keine „Richtungen" in der Partei. In allen Parteieinheiten arbeiten die Genossen, trotz kleiner Meinungsverschiedenheiten in Einzelfragen, kameradschaftlich zusammen.

Unvereinbar mit der Schaffung einer revolutionär sozialistischen Massenpartei ist eine ideologische Einengung auf eine Linie. Die Entwicklung in dieser Richtung würde die Partei zu einer neuen kommunistischen Sekte werden lassen.

Bei aller prinzipiellen Klarheit, deren Aufgabe einheitliche Willensbildung und Kampfentschlossenheit bei allen proletarischen Aktionen sein soll, muß eine Partei, die Massenpartei werden und sein will, Meinungsfreiheit innerhalb der Parteigrundsätze dulden. Programme dürfen keine Dogmen, sondern sollen Grundlage geschlossenen Handelns sein.

Das war nach der Auffassung der Parteidelegierten des Bezirks Westfalen-Süd der Sinn der Erklärung der Genossin Anna Siemsen auf dem Parteitag und deshalb haben sie diese Erklärung unterzeichnet. Die Konferenz stellt sich geschlossen hinter sie und lehnt sie entschieden ab, aus dieser Erklärung (wie verschiedentlich versucht wird) eine „Richtung" zu konstruieren.

Braunschweig

Gregor Straßer war zum ...ig in Braunschweig. Die Spießer wußten diese „Ehre" zu schätzen. Sie hängten Hakenkreuzfähnchen zum Fenster raus. Sonst aber war nicht viel von dem „Ereignis" zu merken. Auswärtige waren kaum gekommen, Demonstrationen fanden nicht statt. Das Straßenbild wie immer. Nur zum Schluß der Straßenkundgebung, in der auch Klapper über Erziehung der Jugend, wie er sie versteht, sprach, wanderten geschlossene SA-Kolonnen durch die Straßen — natürlich in Uniform. Wie könnte das in Braunschweig anders sein! Die Polizei hatte Anweisung, „jede Ansammlung zu zerstreuen". Sie kam dieser Anweisung prompt nach. Die Nazis wurden mit serviler Höflichkeit behandelt. Die Arbeiterstraßen aber durchzog eine provokatorische Schupostreife nach der andern. Die Ueberfallwagen sausten dauernd durch die Altstadt. Am Sonnabend, spät abends, wurde eine Razzia in der Friesenstraße veranstaltet. Ergebnislos! Die Arbeiter hielten sich in Bereitschaft.

Die Jahresversammlung des Landesverbands Braunschweig der AFLD war zum Vorstand mit allen verfügbaren Kräften beschickt worden. Sogar Exminister Sievers war nach jahrelanger Abwesenheit mal wieder erschienen. Nach dem Bericht über den Verbandstag, den Günther gab, führten die SPD-Getreuen bewegliche Klage darüber, daß es der Opposition gelungen war, von drei Vertretern zum Verbandstag zwei zu bekommen, nämlich Günther (SAP) und Rodenstein (SAP), die dem Vorstand gegenüber sogar mit Stimmenmehrheit gewählt waren. Ausgerechnet die, die Jahre hindurch die SPD-Fraktion geleitet haben, werfen uns in Ermangelung sachlicher Argumente „Fraktionsmacherei" vor. Den Tätigkeitsbericht gab Wolf. Wiedergewählt wurden bei einigen Stimmenenthaltungen oppositioneller Mitglieder K. Wolf und Blume. Neu hinzugewählt wurde unser Genosse Rodenstein bei zwei Stimmenenthaltungen.

Stralsund

Rund um die Reichswehr und die SPD-Presse. Trotz aller Not des Volkes führte die hiesige Reichsmarinegarnison auch in diesem Jahre ihre „Skagerrakfeier" durch. Hier wurde auch in keiner Weise gespart, deshalb ist es auch kein Wunder, wenn es nicht möglich ist, den Reichswehretat herabzusetzen. Aber auch die SPD-Presse unterstützt diese volksfeindlichen Bestrebungen nach wie vor, indem sie ihre Spalten für diese Spielereien zur Verfügung stellt. Und die SPD-Arbeiter finden anscheinend nichts dabei, wenn ihre Presse sich in dieser Weise betätigt. Vor Jahren gab es wegen der gleichen Angelegenheit in einer SPD-Versammlung einmal großen Krach, und der damalige Redakteur Dr. Bolze (heute im SPD-Pressedienst tätig) mußte verschwinden. Diese Sozialdemokratie lernt nichts mehr und die ihr nachlaufende Arbeiterschaft merkt nichts von diesem Betrug. Augenblicklich liegt das Schulschiff „Niobe" und ein Torpedoboot hier zum Besuch im Hafen. Die Besatzungen der Schiffe machen Demonstrationen gegen den Staat, den sie angeblich verteidigen wollen.

Organisationsnachrichten

SAP Düsseldorf: Flingern, Stadtmitte, Zoo und Oberbilk: Donnerstag, 9. Juni, 6 Frauenschulungsstunde. Ref.: Genossin Kersting. Besuch kostenlos. Beginn 20 Uhr bei Dübgen, Lindenstr. 44/46. Weitere Teilnahme erwünscht. — **Distrikt Oberbilk:** Mittwoch, 8. Juni, Lokal Bölling, Ellerstraße, 20 Uhr, Mitgliederversammlung. Leser der „SAZ" und „Rhein-Ruhr-Fackel" sind eingeladen. Ref.: Gen. Beine.

SJV und Kindergruppe Düsseldorf-Gerresheim: Wir treffen uns Mittwoch, 8. Juni, ½15 Uhr, bei Hartmann.

SAP Duisburg: Montag, 3. Juni, im Lokal von der Warth, Marientorstraße, Funktionärsitzung. Beginn 20 Uhr.

SAP Bochum-Linden-Dahlhausen: Dienstag, 7. 6., 19.30 Uhr, im Lokal Werner, Dahlh., Mitgliederversammlung. Ref.: Gen. Schnurr, Dortmund.

Mahnruf an die SPD

Kurs nach links!

(Von einem sozialdemokratischen Parteifunktionär)

Trotz der Ereignisse der letzten Tage, trotz des offenen Militärkabinetts Schleicher, trotzdem wir am Vorabend des Faschismus stehen, gedenken unsere verantwortlichen Leiter in der SPD immer noch nicht, einen Kurswechsel vorzunehmen. Noch heute wollen sie nicht zugeben, daß sie sich in der Beurteilung der politischen Machtverhältnisse schwer getäuscht haben, daß ihre Politik falsch war. Unsere Führer glaubten, sie müßten auch fernerhin das gute Einverständnis mit dem Zentrum einer Einheitsfront mit der KPD vorziehen, die sozialdemokratische Parteikorrespondenz scheut sich nicht, zu erklären, „daß Brüning doch bisher den Vorstoß der Militärclique und des Faschismus verhindert hatte", und deshalb die sozialdemokratische Tolerierungspolitik „auf das glänzendste gerechtfertigt" sei. Es gibt Mitglieder des Parteivorstandes, die es als schmerzlich empfinden, daß nun der persönliche Kontakt, der den Reichspräsidenten von Hindenburg vor allem mit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft verbunden hatte, so plötzlich „zerstört" worden sei. Solche Genossen wird auch im weiteren daran liegen, den Kurs nach links zu vermeiden und zugunsten des Zentrums die sozialistische Klassenkampfparole, die uns sofort an die Seite der Kommunisten brächte, zu unterdrücken.

Zu welchem Ende? Daß der Partei weiterhin eine klare Linie gegen Militarismus und Faschismus versagt bleibt, daß ihr jeder sozialistische Kampfgeist verloren geht, daß wir ein Gemisch ziel- und planloser Existenzen werden? Und das alles dem Zentrum zu Liebe? Wissen wir denn überhaupt, welche Rolle das Zentrum heute in Deutschland spielt, daß wir ihm so blind vertrauen? Können wir wirklich annehmen, das Zentrum habe die gute Absicht, den Faschismus zu verhindern; können wir nicht ebensogut annehmen, daß das Zentrum nur solange gegen den Faschismus steht, als es gilt, unsere Partei, die SPD, den Kurs nach rechts weitergehen zu lassen, als es also gilt, die proletarische Einheitsfront zu verhindern? Das kann schon anders werden, wenn sich die Nazis koalitionsfähiger zeigen, sicherlich aber dann, wenn der Zusammenschluß der Arbeiterschaft dank der allmählich gefestigten faschistischen Diktatur nicht mehr möglich ist, wenn also die „Gefahr" eines sozialistischen Deutschland für die nächste Zeit zerschlagen ist. Aber so wahr durch ein weiteres Zusammenwirken der SPD mit dem Zentrum die Möglichkeit eines sozialistischen Deutschland in weite Ferne rückt, so wahr wird der weitere Rechtskurs der SPD (der sie selbst empfindlich schädigen würde) das unter der kapitalistischen Wirtschaftskrise und der faschistischen Diktatur leidende Proletariat in die radikalste Putschismusstimmung treiben. Diesen Strömungen gegenüber würde sich das Zentrum (ebenso wie außenpolitisch gegenüber der Sowjetunion) mit der faschistischen Diktatur verbünden, die geschwächte SPD würde mit einem Fußtritt beiseite getreten, und die revoltierenden Kommunisten würden blutig niedergeschlagen. — Mögen sich im Augenblicke noch die Staatsauffassungen des Zentrums und der Nationalsozialisten feindlich gegenüberstehen, grundsätzlich ergänzen sich faschistische und katholische Staatsauffassung: Beide verlangen sie den gedankenlosen Untertan, der sich von „Gott" und Gottes Stellvertretern, den Schleicher-Hitler, alles bieten läßt.

Aber selbst eine gute antifaschistische Absicht des Zentrums bis zuletzt unterstellt, kann es den Faschismus in Deutschland überhaupt verhindern? Es kann ihm Schwierigkeiten bereiten, aber verhindern kann es ihn so wenig, wie es die Diktatur Schleicher verhindern konnte.

Ist es jedoch überhaupt eines Sozialisten würdig, vom bürgerlichen Zentrum zu verlangen, daß es den Faschismus verhindere? Ist nicht dazu nur die deutsche Arbeiterklasse berufen?

Ja, sagt man uns, „die Einheitsfront der Arbeiter würde den Bürgerkrieg bedeuten, und das wollen wir doch verhindern." — Einmal: Ein Block der SPD und der KPD würde die Arbeiterschaft so stärken, daß die Folge davon eine allgemeine Rückwirkung auf die Zentrumsarbeiter und damit auf das Zentrum, und damit auch ein starker Abwehrwille über diese Front hinaus auf die Mittelschichten, die heute dem Faschismus anheimfallen, sicher wäre. Also eine Schwächung des nationalsozialistischen Druckes, und damit eine Minderung von Bürgerkriegsgefahren.

Aber würde sich selbst vorübergehend die Gefahr eines Bürgerkriegs vergrößern, haben wir denn diese Gefahr heraufbeschworen? Oder sind es jene militärisch faschistischen Cliquen, die die Weimarer Demokratie vor die Hunde gehen ließen und die Diktatur errichteten, mit der sie die Arbeiterschaft zu Paaren treiben wollen. Und sollen wir, weil jene es so wollen, den Zusammenschluß unterlassen? Heißt das nicht feige Flucht vor der bitteren Wirklichkeit? Das ist eben die bittere Wirklichkeit, und soweit sind wir nun einmal in Deutschland gekommen, daß es für die Arbeiterschaft auf parlamentarisch-demokratischem Wege kein Vorwärts mehr gibt, ja, daß hier die Verteidigung des bisher Errungenen unmöglich geworden ist. Wir können uns noch so laut auf die Verfassung und den parlamentarischen Brauch berufen, wir können noch so laut schärfsten parlamentarischen Kampf ankündigen, das alles ist völlig sinnlos, wenn der faschistische Teil des Volkes sich über die Verfassung einfach hinwegsetzt, das Parlament zur Tobsuchtszelle macht. Und wenn die Militärdiktatur, die heute den Reichstag auflöst, um ihn morgen zu beseitigen, bereits fest im Sattel sitzt, da kann nichts anderes mehr als der außerparlamentarische Kampf der Arbeiterklasse helfen. Nichts kann uns hier die Zentrumsfreundschaft nützen.

Daß es nicht mehr auf das Zentrum, daß es nicht mehr auf das Parlament ankommt, kann endlich nur von denen bestritten werden, die da glauben, heute noch den Weimarer Staat und seine Koalition verteidigen zu müssen, und deshalb sich nicht mit den Kommunisten einigen können. Folgerichtig glauben sie noch heute, es handele sich bei dem Faschismus um eine Episode, die innerhalb dieser Republik ihre Erledigung fände und nach deren Ende die Weimarer Demokratie frisch und fröhlich wieder auferstände. — Das aber ist ein gewaltiger Irrtum, der das Wesen der politischen Situation vollständig verkennt.

Wenn tatsächlich die Weimarer Demokratie an der kapitalistischen Wirtschaftskatastrophe zerbrach und der Faschismus der letzte Versuch ist, mit inflationistischen und kriegerischen Mitteln den Kapitalismus zu retten, dann kann der heutige Kampf gegen den Faschismus nur der Kampf um ein sozialistisches Deutschland sein. Dann kann am Ende des Faschismus nur ein sozialistisches Deutschland stehen, frei von den Schlacken kapitalistischer Wirtschaftsanarchie, mit einer neuen sozialistischen Verfassung. Also nicht mehr die Weimarer Verfassung, die das Privateigentum an den Produktionsmitteln ebenso wie die Macht der Kirche in falsch verstandener Toleranz gewährleistete, sondern eine sozialistische Demokratie, auch wenn sie erst durch die eiserne Faust einer proletarischen Diktatur durchgesetzt werden kann. Wer aber glaubt, daß das ohne revolutionären Kampf der gesamten Arbeiterklasse gehe, daß dies durch parlamentarischen Kampf und Zentrumsfreundschaft möglich sei, der hat nicht begriffen, in welcher politischen Situation wir uns befinden.

Es geht um den Sozialismus. Darum den Kurs nach links!

k. s.

Amerikanischer Veteranenmarsch nach Washington

Der Gummiknüppel als „Dank des Vaterlandes"

Seit einigen Tagen bewegen sich aus allen Gebieten der Vereinigten Staaten viele Tausende Kriegsteilnehmer nach Washington, um dort die sofortige Auszahlung ihrer Kriegsrenten, und zwar im vollen Betrage ihres kapitalisierten Wertes zu erzwingen. Eine große Zahl ist bereits in der Bundeshauptstadt angelangt, aber immer noch sind große Scharen von Veteranen in Richtung nach Washington unterwegs. Die Behörden haben die Beteiligten vor weiteren Zusammenrottungen gewarnt, da für ihre Unterbringung und Verpflegung keinerlei Mittel zur Verfügung standen. Zahlreiche Städte melden, daß weitere starke Veteranenkolonnen nach Washington in Marsch seien.

In Cleveland besetzten 900 Veteranen den Bahnhof, nachdem die Eisenbahnverwaltung die kostenlose Beförderung nach Washington verweigert hatte.

Daraufhin wurde der Bahnhof von 600 Polizisten geräumt. Die Züge erlitten mehrstündige Verspätungen. Die Veteranen bestehen jedoch auf ihre Forderung, daß ihnen ein Zug nach Washington zur Verfügung gestellt werden müsse.

Die 900 Kriegsteilnehmer rückten, nachdem ihre Versuche, kostenfreie Beförderung nach Washington von der Eisenbahnverwaltung zu erzwingen, gescheitert waren, in Richtung Pittsburg (Pennsylvanien) ab. Die Polizei und Truppen, die alarmiert wurden, sorgten für einen geordneten und ruhigen Abmarsch der Kriegsteilnehmer. Ein Gruppenführer, der als Kommunist festgestellt wurde, erklärte, daß seine Leute keine Unruhen wünschten, aber unbedingt nach Washington gelangen müßten. Auch aus Denver (Colorado) wird gemeldet, daß dort ebenfalls eine Kriegsteilnehmer-Kolonne in der Nacht zum Sonnabend Frachtzüge aufgehalten und von ihnen die Beförderung nach Washington verlangt hat. In Washington ist die Polizei augenblicklich damit beschäftigt, die Personalien einiger Kriegsteilnehmer festzustellen, da man befürchtet, daß der größte Teil der unterwegs befindlichen Kriegsteilnehmer Kommunisten sind.

Verteidiger-Plädoyer für Gäbel

Dr. Kurtzig verlangt die Freisprechung des Angeklagten Stadtrat Gäbel.

Im Sklarek-Prozeß begannen gestern früh die Plädoyers der Verteidiger, und zwar sprach als erster der Verteidiger des Angeklagten Stadtrat Gäbel, Rechtsanwalt Dr. Kurtzig.

Rechtsanwalt Dr. Kurtzig schilderte eingehend den Lebenslauf Gäbels und ging dann zu den einzelnen, dem Angeklagten von der Staatsanwaltschaft zur Last gelegten pflichtwidrigen Handlungen und den Zuwendungen über. Er betonte dabei insbesondere, daß Gäbel die juristisch formell und materiell unhaltbaren Verträge mit den Sklareks nicht aus unlauteren Absichten unterzeichnet habe, sondern lediglich deswegen, weil er in keiner Weise den Anforderungen gewachsen war, die an sein Amt gestellt wurden. An Hand zahlreicher Schreiben der Finanzverwaltung, des Kämmerers und des Stadtsyndikus, sowie aus Erklärungen des früheren Oberbürgermeisters Böß und des Bürgermeistes Scholtz ergebe sich, daß die Schaffung einer Monopolstellung der Firma Sklarek von allen Instanzen, auch von der Stadtverordnetenversammlung gebilligt worden sei, und daß Gäbel durch diese Bestätigungen in seiner allgemeinen und auch im Rahmen seiner politischen Tätigkeit liegenden Richtung bestärkt worden sei, den Sklareks ein Monopol einzuräumen.

Weitgehender Ausschluß der Oeffentlichkeit im Felseneck-Prozeß

BG. Als Folge von Tumultszenen, die sich am Donnerstag beim Abbruch der Sitzung im Felseneck-Prozeß abgespielt hatten, gab Landgerichtsdirektor Bode als Vorsitzender des Schwurgerichts III zu Beginn der heutigen Verhandlung eine Erklärung ab, in der er bedauerte, daß die bisherigen Versuche, den Prozeß in Ruhe und Ordnung durchzuführen, nicht gelungen seien. Um den Prozeß so zu gestalten, daß eine objektive Beurteilung der Sachlage möglich wäre, müsse das Schwurgericht jetzt zu Zwangsmaßnahmen greifen. Als erste sitzungspolizeiliche Maßnahme sei daher angeordnet worden, daß **nur 20 Personen in den Zuschauerraum hineingelassen werden**, da die Zuhörer sich am Donnerstag an den Ausschreitungen beteiligt hätten und da bei einem voll besetzten Zuhörerraum eine Uebersicht unmöglich sei. Von Zwangsmaßnahmen gegen die Angeklagten sei vorläufig Abstand genommen worden, da das Gericht hoffe, daß die Angeklagten sich nunmehr besonnen und ruhig verhalten. **Rechtsanwalt Litten protestierte gegen die Maßnahmen des Gerichts, da er in der Beschränkung der Zahl der Zuhörer nicht eine sitzungspolizeiliche Maßnahme, sondern einen teilweisen Ausschluß der Oeffentlichkeit erblickte, der nur durch einen Gerichtsbeschluß verfügt werden dürfe.** Das Schwurgericht bestätigte nach einer Beratung die von dem Vorsitzenden getroffenen Anordnungen.

Copyright by AGIS-VERLAG, Berlin-Wien, 1931. Alle Rechte, insbesondere die des Nachdrucks, der Uebersetzung und Radioverbreitung, vorbehalten.

26. Fortsetzung

Tapp und tapp geht Hans dann fort. Er will nicht stehenbleiben, er will ja nach Hause. Haltet mich doch fest. Tapp und tapp geht Hans die Straße dahin. Eine Straße mündet in die andere. Zuletzt steht er vor Aschinger am Rosenthaler Platz und sieht durch die Scheiben. Wo nur Ali ist? Ach, wenn doch Orje jetzt hier wäre . . . Ali schläft heute nacht bei seiner Freundin. Ali war gestern nacht auch bei seiner Freundin . . .

Hans steht auf einer Brücke. Unter ihm fließt das Wasser, grau und grün und kalt. Eine Welle spült die andere weg. Es geht ohne Ende. Hinter ihm trappeln und schlurfen die Menschen. Hans hört sie nur, er sieht niemand, er will sie nicht sehen. Wenn man über das Geländer springen würde, dann hätte man seine Ruhe. Hans hat Angst vor den kalten grünen Wellen, aber was soll er denn machen? Er muß ja doch springen. Warum bin ich nicht durch den Hausflur gegangen, über den Hof und die Treppen hinauf?

Zwei Stunden später steht er wieder an dem Haus in der Großen Frankfurter Straße und diesmal überlegt er nicht mehr, er tut, was geschehen muß. Wie die Schritte im Flur dröhnen . . . Jeder wird ihn hören, wenn er über den grauen Hof geht. Das Haus ist wie ausgestorben. Nein, da ist Musik, Radio oder Grammophon. Herr Senf scheint ausgezogen zu sein, das Schild ist weg. Ob überhaupt niemand mehr darin wohnt? Eine Tür knallt. Hans bleibt stehen. Wie eng die Kehle ist... Treppensteigen ist nicht leicht. Noch eine einzige Treppe, sechzehn Stufen, da wohnt Herr Schulze. Der Vater, die Mutter, Lissi, Ida...

Leise, leise. Ich bin da, der Hans. Ach, laßt mich nur einmal einen Augenblick rein. Ihr braucht ja nicht mit mir zu sprechen. Nur so in die Küche möcht ich mal, auf das Sofa. Mutter, gib mir ein Stückchen Brot, ich möchte dich mal ansehen dürfen. Ich hab ja noch nie deine Augen gesehen... Wie lange stehe ich denn schon hier... Warum klingele ich nicht...? K. Schulze... Die Buchstaben auf dem Schild sind so verschnörkelt, mal springt das U heraus und mal wieder das Z. Dann geht alles durcheinander. Die Buchstaben sind plötzlich anders: Hennig. Wie schrill die Klingel ist. Jetzt, jetzt...

Mit zitternden Knien steht Hans. Jetzt hat er wahrhaftig geklingelt. Jetzt wird jemand kommen. Mutter, ach Mutter... ich bin wieder da...

Es kommt niemand... Wollen sie ihn nicht hören? Hans wartet und horcht und es schüttelt ihn... Die Klingel schrillt noch einmal. Aber es bleibt still. Es ist niemand zu Hause. Niemand kann ihm öffnen. Mutter wird auf der Bank sein. Lissi ist im Geschäft. Aber wo ist Ida . . .

Ida ist vielleicht in der Wohnung. Sie darf nicht aufmachen, wenn sie allein ist. Es ist ihr ganz streng verboten. Sie sitzt vielleicht jetzt in der Küche und hört das Klingeln und hat Angst. Wer ist draußen? Ganz leise klopft Hans noch einmal, zweimal an die Tür. Ida, denkt er, Ida . . . ich bins . . . Hans . . . laß mich mal einen Augenblick rein . . . ich geh ja gleich wieder . . .

Niemand kommt.

Es bleibt still hinter der Tür. Im ganzen Hause bleibt es still. Die Wand knistert. Das Herz macht wieder poch und poch.

Und Hans steigt die Treppen hinab. Das geht in einen tiefen Abgrund. Hinab. Hinab.

Da unten ist es dunkel und kalt . . .

Es wird noch kälter . . .

Hans friert, und dabei ist es Sommer . . .

Auf der Straße lärmt ein Häufchen Kinder. Aber Ida ist nicht dabei.

Es kommt niemand.

Hans biegt um die Ecke.

Es ist ja alles so einerlei.

Fort, nur fort.

Er wird in die Markthalle gehen und arbeiten, dann kann er sich wieder was zu essen kaufen. Der Hunger zerrt in den Därmen. Wenn ihm doch einer Geld geben wollte. Soll ich betteln? Soll ich mich einfach so hier hinstellen? Aber Hans kann nicht. Vielleicht kommt die Mutter gerade jetzt hier vorbei, oder Lissi. Ich schäme mich ja so.

Die Münzstraße, die Linienstraße. In der Kneipe ist schon wieder Musik. Draußen wird es dunkel. Hier ist es immer dunkel. Hier brennt immer Licht. Da schwofen schon wieder welche . . .

Hans sitzt am Tisch. Bierpfützen stehen überall. Da schläft einer, den Kopf auf die Arme gelegt. Ein ganz Jungscher. Vielleicht hast du auch gestohlen, denkt Hans. Oder bist getürmt?

Ein Trupp Jungen kommt herein. Mützen keß auf dem Kopf: Det is richtig hier . . . Die vier setzen sich an den Nebentisch, mustern Hans nur mal so nebenbei. Ein paar Mädchen sind hinterher gekommen, schmusen schon bei den Jungen herum. Na, wie is denn? . . .

Da ist so ein kleiner fixer Junge, wie der sich umsieht. Der winkt nur so mit der Hand ab. So . . . haut ab. Vielleicht stehen ihm die Weiber bis oben hin, vielleicht hat er was anderes vor.

Die Jungen stecken die Köpfe zusammen. Sie beraten was. Sie wollen vielleicht was drehen. Sie wollen sich Geld machen. Hans ist alles einerlei, nehmt mich mit . . . nehmt mich mit.

Aber niemand achtet auf ihn. Auch die Mädchen kommen nicht zu ihm.

Der ist abgebrannt, der hat keinen Draht, bei dem is kein Zaster, der is alle . . .

Bierlachen stehen auf den Tischen. Niemand fragt Hans, ob er was trinken will, ob er Hunger hat. Hier kann man so sitzen. Vor der Kneipe geht einer vorüber, der bleibt mal stehen, sieht mal so zufällig durch die Scheiben, dann geht er weiter. Nach einer Weile ist er drin im Lokal, sitzt am Tisch und trinkt ein kleines Dunkles. Die Jungen stecken die Köpfe zusammen und flüstern und der Kleine gibt Anweisungen: So und so und da und da . . .

Dann sieht er sich mal wieder um, so blitzschnell, tschup durch das ganze Lokal, aber in diesem Blitz hat er den neuen Gast eingefangen. Aus, da sitzt der . . .

Er sagt nichts, wozu auch, die andern werden es ja gleich erleben. Es hat keinen Zweck mehr. Er blitzt ohne Absicht, ohne Hoffnung, nach dem hinteren Ausgang. Aber das ist ja Unsinn. Wenn der da hier vorn sitzt, ist da hinten schon längst einer und draußen sind viele. Hier kommt keiner mehr raus und rein. Siehste, da gehen zwei Schupo vor dem Fenster vorbei. Da stehen noch mehr.

Aus ist das Lied . . .

Laufen ist nichts mehr. Der da vorn knallt gleich. Der ist mit der Kanone überhaupt gleich bei der Hand . . .

Hans merkt nichts, ahnt nichts.

Da geht einer von Tisch zu Tisch. Welche fassen schnell und frech nach ihren Taschen. Hier sind meine Papiere und ich bin polizeilich da und da gemeldet. Einer bleibt unbeweglich und stumm sitzen. Der Mann am Tisch winkt nach hinten. Wie eine Puppe, gehorsam und mechanisch tappt der Mann ohne Papiere dahin. Da stehen schon zwei. Das geht alles so ruhig. Die Musik spielt weiter.

Aber da knallt ein Bierglas in die Lampe, da noch eins . . .

Scherben splittern . . .

Mit einem Paukenschlag ist die Musik still, da stöhnt einer . . .

Mieterfeindliche Steuerpolitik

Herunter mit den Mieten! — Schluß mit der Ausräuberung der Arbeitslosen zugunsten der Hausbesitzer

In den letzten Jahren und besonders in den verflossenen Monaten haben die von der Regierung getroffenen Maßnahmen und behördlichen Anordnungen, die überwiegend und angeblich zur Sanierung von „Wirtschaft und Finanzen" dienen sollen, soweit die breite Masse des Volkes getroffen wird, eine tiefgehende Erregung hervorgerufen. Es ist allgemein bekannt, daß die gegenwärtig gezahlten Unterstützungssätze für Erwerbslose, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger, sowie die durch die Notverordnungen stark gekürzten Renten der Sozialrentner und der Hinterbliebenenfürsorge — Kriegsbeschädigte nicht zu vergessen —, schon lange nicht mehr ausreichen, um ein menschenwürdiges Dasein zu fristen. Trotzdem hatte die Regierung den Mut, mit Wirkung ab 1. April 1932 dem Hausbesitz 20 Prozent der zu zahlenden Hauszinssteuer zu senken.

Nach den statistischen Erhebungen (RGBl. 1925 II 286 ff.) standen vor dem Kriege dem Hausbesitzer zur Verfügung:

a) 12 % für Betriebskosten,
b) 3 % für Verwaltungskosten,
c) 2,5% für große Instandsetzungsarbeiten,
d) 5,5% für laufende Instandsetzungsarbeiten,
e) 77 % für Zinsendienst,

zusammen 100 % zu zahlende Miete.

Im Laufe der Nachkriegsjahre haben sich die vorgenannten Zahlen anteilmäßig und erheblich geändert, und zwar steigerten sich die Beträge bis zum 1. Oktober 1927 auf:

a) 18 % für Betriebskosten,
b) 10 % für Verwaltungskosten,
c) 5,5% für große Instandsetzungsarbeiten,
d) 17,5% für laufende Instandsetzungsarbeiten,
e) 21 % für Zinsendienst,
f) 48 % für Hauszinssteuer,

zusammen 120 % zu zahlende Miete.

Dieser Satz erhöhte sich im Verlaufe der letzten Jahre um die örtlich erhobenen gemeindlichen Zuschläge zur staatlichen Grund- und Vermögenssteuer.

Durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 wurde die Miete um 10 vom Hundert der Friedensmiete gesenkt, so daß die reichsgesetzliche Miete ab 1. Januar 1932 110 % ausschließlich der kommunalen Zuschläge betrug.

Mit Verordnung vom 6. Oktober 1931 wurde die Hauszinssteuer mit Wirkung ab 1. April 1932 um 20 Prozent der zu zahlenden Steuer zugunsten des Hausbesitzers gesenkt, so daß eine Entlastung bezgl. der abzuführenden Steuer um rund ein Sechstel zugunsten der Besitzer von hauszinssteuerbelasteten Häusern eintrat.

Dieser Steuernachlaß wäre an sich von Bedeutung, wenn diese dem Hausbesitzer geschenkten Steuern tatsächlich dem gewerblichen Handwerkerstand durch vermehrte Arbeitsaufträge zugeführt und die Wohnungen wirklich repariert würden. Davon ist aber nichts zu merken. Dagegen brachte die Steuerentlastung des Hausbesitzes

eine sehr empfindliche Belastung der Arbeitslosen und Sozialrentner,

die infolge der herrschenden Notlage von der Entrichtung der Hauszinssteuer befreit sind. Man hätte zu mindestens eine Regelung dahingehend treffen müssen, daß in allen Fällen, wo infolge wirtschaftlicher Notlage die Mieter von der Zahlung der Hauszinssteuer befreit sind, der dem Hausbesitzer nachgelassene Steueranteil nicht als erhöhte Miete gezahlt werden braucht.

Eine weitere jedem sozialen Empfinden bare Ergänzungsbestimmung zur Verordnung über den Erlaß der Hauszinssteuer zugunsten von Minderbemittelten, gering verdienenden oder sozialbedürftigen Mietern, stellt die erweiterte Vergünstigung für die Hausbesitzer insofern dar, als ihnen im Bedürftigkeitsfalle gemäß § 9 Abs. 2, Ziffer 1a oder b der Verordnung die gesamte auf dem Hause ruhende Hauszinssteuer mit der Aussicht auf Niederschlagung gestundet werden kann. Es soll durchaus nicht verkannt werden, daß mancher Hauseigentümer sich in einer wirtschaftlichen Notlage befindet. Die Niederschlagung der auf dem ganzen Hause ruhenden Hauszinssteuer zugunsten der notleidenden Eigentümer stellt aber eine provozierende Bevorzugung der Hausbesitzer dar. Der Arbeitslose und Sozialrentner wird so als Mieter zum gesetzlich gezwungenen Unterhaltungspflichtigen für den Hausbesitzer. Viele als notleidend angesehene Hausbesitzer bekommen so in Form der von den bei ihnen wohnenden Arbeitslosen und Sozialrentnern erpreßten Mietserhöhungen mehr Geld, als der einzelne Arbeitslose und Sozialrentner überhaupt an Unterstützung bezieht. Das ist ein skandalöser Zustand, für dessen schnellste Beseitigung alle Mieter mit allen Mitteln kämpfen müssen.

Die geschilderten Mißstände und unterschiedliche Behandlung von Mieter und Vermieter (zugunsten letzterer) bei der Gewährung von Steuernachlaß, sind wiederholt von der Mieterorganisation gebrandmarkt und der Regierung entsprechende Eingaben unterbreitet worden. Aber die Regierung findet — selbstverständlich — die begründeten Forderungen der notleidenden Mieterschaft für unbeachtlich. Dafür ist sie eine kapitalistische Regierung.

Diese einseitige, den Hausbesitzer schonende, aber gegen den Mieter gerichtete Gesetzesmacherei wird noch durch die Tatsache charakteristisch, daß der Fürsorgeempfänger verpflichtet wird, nach Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse die erhaltenen Unterstützungen zurückzuerstatten. Dagegen wird der Hauseigentümer in keinem Falle verpflichtet, die in der gezahlten Miete enthaltenen Steuerbeträge, falls diese gestundet, nachzuzahlen, oder an den fürsorgeberechtigten Mieter zurückzugeben.

Es ist klar, daß in der Presse und von allen Arbeitervertretern in den Parlamenten diese mieterfeindliche Ausbeuterpolitik immer wieder öffentlich angeprangert und durch geeignete Vorschläge und Anträge schleunigste Aenderung verlangt werden muß. Aber es wäre grundfalsch, wenn sich die Mieter und ihre Organisationen nur auf die Stellung von Forderungen an die Regierung und Parlamente beschränken wollten. **Auch hier kann eine Aenderung nur durch außerparlamentarische Massenaktionen erzwungen werden.** Die Millionen von Mieter müssen hierzu von den Mieterorganisationen im Verein mit den proletarischen Parteien und Massenorganisationen zum gemeinsamen Kampf aufgerufen werden. Die Hauptforderung dabei muß der Ruf sein:

Herunter mit den Mieten!

Wie siehts in der AEG Brunnenstraße aus?

Von einem AEG-Arbeiter

Die Arbeiterschaft der AEG, Brunnenstraße, geht der vollkommenen Verelendung entgegen. Von der 3000 Mann starken Belegschaft arbeitet der größte Teil nur einen bis drei Tage in der Woche. Der Verdienst spottet jeder Beschreibung. Der

Durchschnittsverdienst liegt zwischen fünf bis fünfundzwanzig Mark.

Es ist keine Seltenheit, daß qualifizierte Arbeiter mit drei bis zehn Mark Wochenlohn nach Hause gehen. In der letzten Zeit wurden Fälle bekannt, die die Zustände innerhalb der AEG besonders drastisch beleuchten. Ein Wickler wurde für Montag zur Arbeit bestellt, da aber keine Arbeit vorhanden war, ging er nach Hause. Der Tag rechnet nun nicht als Arbeitstag. Das wiederholte sich viermal in der Woche. Als er am nächsten Lohntag die Kurzarbeiterunterstützung abholen wollte, wurde ihm erklärt, daß er vergangene Woche ja nicht gearbeitet habe. Folglich hatte er auch keine Kurzarbeiterunterstützung zu beanspruchen. Der Wickler war 28 Jahre im Betrieb. Heute ist er bei der sechs Millionen-Armee und kann sich die AEG von außen ansehen.

Eine Arbeiterin hatte bei der Lohnauszahlung noch nicht eine Mark in der Lohntüte. Als sie den Verdienst sah und dabei an ihr Kind dachte, fing sie an zu weinen und wurde beim Abteilungsleiter vorstellig. Der zuckte mit den Schultern und sagte: **„Ich seh es ein, daß sie damit nicht auskommen können, kann aber leider nichts dagegen machen."** Nach einer Weile wurde ihr ein Stullenpaket gebracht. Die Stullen wurden im Büro gesammelt. Arbeiter, die sich die Stullen angesehen haben, behaupten, daß diese nur „Karow einfach" waren, mit einer Ausnahme, die Limburger als Beigabe hatte. Ein Beweis, wie miserabel auch die Büroangestellten bezahlt sind. Es gibt aber noch Frauen, die sehr gut in der AEG verdienen, z. B.

die Frau des verstorbenen Generaldirektors Deutsch, die immerhin noch 50 000 Mark Pension erhalten soll.

Wenn nun einer glaubt, daß der Betriebsrat gegen diese Zustände Stellung nimmt, so ist er im Irrtum.

Es hat in der AEG-Brunnenstraße **innerhalb dreier Jahre nur eine Betriebsversammlung** stattgefunden und zwar aus dem einfachen Grunde, weil der SPD-Betriebsrat vor seinem feindlichen Bruder von links Angst hat, er könnte die Versammlungen sprengen. In letzter Zeit hatte der KPD-Arbeiterrat einige Versammlungen einberufen. Da sie aber von der SPD sabotiert wurden und da immer dieselbe RGO-Walze runtergeleiert wird, sind die Versammlungen sehr schwach besucht.

Um aber der Belegschaft mitteilen zu können, was für unfähige und geistig arme Betriebsräte sie sich gewählt haben, gibt jede Richtung eine Betriebszeitung heraus. Anfangs wurden die Blättchen für fünf Pfennige angeboten. Da man sich bald den Inhalt dieser Blättchen selbst zusammenreimen konnte, verzichteten die Arbeiter auf diese geistig arme Lektüre, so daß sich die Herausgeber genötigt sahen, ihre gedruckten Weisheiten kostenlos zu verbreiten.

★

Soweit der unveränderte Bericht des AEG-Arbeiters. Eine gleichfalls von ihm stammende Schilderung über die sehr eigenartigen Arbeiterentlassungsmethoden folgt. Der Bericht ist ein erschütterndes Dokument nicht nur in bezug auf die haarsträubenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sondern auch in bezug auf die katastrophale Situation in der Arbeiterbewegung. Eine Mahnung an alle Proletarier, mit der reformistischen Passivität, wie mit dem unsinnigen RGO-Spiel radikalen Schluß zu machen und die **einheitliche Klassenfront in Betrieb und Gewerkschaft herzustellen. Ein Ziel, das sich die SAP zur wichtigsten Aufgabe gestellt hat.**

Werftarbeiterstreik

Bremen, 6. Juni 1932.

Heute ist die etwa 1000 Mann zählende Belegschaft der Vulkan-Werft Bremen-Vegesack in den Streik getreten. Der Streik wurde am Sonnabend in einer Urabstimmung mit mehr als 80prozentiger Mehrheit beschlossen.

Der Streik ist die erste Antwort und Abwehrmaßnahme gegen den von den Unternehmern auf allen deutschen Seeschiffswerften diktatorisch vorgenommenen Lohnabbau. Ein vor kurzem gefällter Schiedsspruch mit erheblichem Lohnabbau wurde von den Gewerkschaften abgelehnt. Aber auch die Werftbesitzer lehnten den Schiedsspruch ab, weil ihnen der Abbau nicht weit genug ging. Sie erklärten sofort, daß sie an weiteren Schlichtungsaktionen kein Interesse hätten und setzten von sich aus durch Anschlag am schwarzen Brett die Löhne willkürlich nach ihrem Gutdünken fest. Es handelt sich hier also um die Sache der gesamten Werftarbeiterschaft in allen Werftorten an der Nord- und Ostsee. Soll der Streik auf der Vulkanwerft Erfolg haben, dann müssen auch die übrigen Werften in Aktion treten.

Dem Kampf stehen außergewöhnliche Schwierigkeiten im Weg, weil gerade auf den Seeschiffswerften Arbeitsmangel und Arbeitslosigkeit besonders groß ist. Andererseits aber ist der Kampf von größter prinzipieller Bedeutung deshalb, weil hier die Unternehmer in einem ganzen Industriezweige zum erstenmal unter bewußter Ausschaltung nicht nur der Schlichterinstanzen, sondern auch der Gewerkschaften zur selbstherrlichen Lohndiktatur zurückkehren wollen. Gelänge ihnen das, dann würde diese Methode zum Signal und Beispiel für die ganze deutsche Unternehmerklasse. **Daher ist es Pflicht der Gewerkschaften, daß hier alle Machtmittel der Arbeiterklasse bis zum politischen Massenkampf in den wichtigen Hafenstädten eingesetzt werden, um so dem Unternehmertum zu beweisen, daß die frühkapitalistischen Methoden des einseitigen Lohndiktats unter Ausschaltung der Gewerkschaften endgültig vorbei sind.**

Staats-Theater
Oper U. d. Linden
Dienstag, 7. Juni
8 Uhr
Sizilianische Vesper
Schauspielhaus
a. Gendarmenmarkt
Dienstag, 7. Juni
8 Uhr
Liebestrank
Schillertheater
Charlottenburg, Bismarckstraße
Dienstag, 7. Juni
8 Uhr
Die Räuber

Volksbühne
Theat. a. Bülowpl.
D 1 Norden 2941
Dienstag, 7. Juni
8½ Uhr:
Die goldene Uhr
Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: 57 Weichsel 1427
Dienstag, 7. Juni
8.30 Uhr
Weekend im Paradies
Gartenbühne
5.30 Uhr:
Konzert und Varieté
8.15 Uhr
Zigeunerliebe

Kleines Theater
Unter den Linden 44
Täglich 8.30 Uhr
Der Mann, den sein Gewissen trieb
von Maurice Rostand
Vorzeigen dieses Inserats erhalten auf Plätzen von 2 M. an 50% Ermäßigung.

KINO FÜR JEDERMANN
Potsdamer Str. 4, im Vorhaus / am Potsdamer Platz B 1 Kurf. 2334
Ab Dienstag, den 7. Juni 1932:
Die lustige Tonfilmoperette
Eine Nacht im Grand-Hotel
mit Martha Eggert, Max Schipper, Kurt Gerron, Karl Ettinger, Margot Walter
Ufa-Tonwochenschau und das große Tonbeiprogramm.
Jugendliche u. Erwerbslose 0.60 RM.
Tägl. ab 9 Uhr vorm.
Sonntag ab 3 U. nachm. bis 1 U. nachts.
Einzig. Tag- u. Nachtkino Berlins

Münz-Theater
Münzstr. 10
Tonfilm-Tageskino
Der Feldherrnhügel
und
Der Boss

Theater des Weddings
Müller-, Ecke Sellerstraße
Chauffeur Antoinette
dazu:
Hygiene der Ehe

Lichtspiele am Stettiner Bahnhof
Invalidenstraße 127
Tonfilm-Tageskino
Kriminalreporter Holm
und
Mein Freund, der Millionär
Anfangszeiten Sonntags: 3, 5, 7, 9 Uhr

PRATER Lichtspiele
Kastanienallee 7/9
Hochbahnhof Danziger Straße Autobus 9
Der letzte Walzer
dazu:
Die große Bühnenschau

Elysium-Lichtspiele
Prenzlauer Allee 56
Der große Unterweltsfilm
in deutscher Sprache
Straßen der Weltstadt
ferner:
Max Hansen, Ursula Grabley in
Einmal möchte ich keine Sorgen haben

Pharus Lichtspiele
Müllerstraße 142
Buffalo Bill
I. Teil
Der tollkühne Reiter
II. Teil
Die brennende Prärie
etwa 2½ Stunden
Jugendliche haben Zutritt

M·I·L·A
Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 130
Und wieder 2 Großfilme in einem Doppelprogramm
Renate Müller, Hermann Thimig, Szöke Szakall, Fritz Grünbaum in den tollen Lustspiel von heiratswütigen Leuten
Mädchen zum Heiraten
und
Hermann Speelmann, Elga Brink, Julius Falkenstein
Kriminalreporter Holm

Inserieren bringt Gewinn

Haus Vaterland
Das Vergnügungs-Restaurant Berlins
Betrieb Kempinski

Stettin
Feinbäckerei und Konditorei
Gustav Tillack
Stet in, Grenzstr. 19
Tägl. frische Backwaren jed. Art

Westfalen
Schuhreparatur-Preise
enorm gesenkt
Laubrunn, Bochum-Linden

Großer Preisabbau!
Billig wie noch nie!
Inlette!
Oberbett . . . Mk. 9.60, 10-, 12-,
Kissen . . . . „ 2.55, 2.85, 3.50
rot, türkisch, Mako.
Steppdecken . . . . Mk. 19.50
Daunendecken . . . . . „ 52.—
Wander-, Wochenend-Decken in allen Preislagen
Bettfedern
und Daunen zu den bekannten billigen Preisen
Bei Einkauf Gratisreinigung!
Böhm. Bettfedern-Spezialhaus
Sachsel & Stadler
Berlin C 489
Landsberger Straße 43-45
Nähe Alexanderplatz
SAP-Mitglieder 5% Rabatt
in Groß-Berlin Fahrgelderstattung